

**Jahresbericht des Bundesverbandes für körper- und
mehrfachbehinderte Menschen e.V.
für das Jahr 2008**

- I. Der Bundesverband**
- II. Selbsthilfe stärken**
- III. Sozial- und Gesundheitspolitik für Menschen mit Behinderungen und ihre Familien**
- IV. Information und Beratung**
- V. Menschen im Bundesverband**
- VI. Clubs und Gruppen**
- VII. Sport für Menschen mit cerebralen Bewegungsstörungen**
- VIII. Bildungsarbeit**
- IX. Arbeit für Menschen mit Behinderung**
- X. Öffentlichkeitsarbeit und Publikationen**
- XI. Zeitschriften**
- XII. Aktion Mensch und mehr**
- XIII. Zusammenarbeit mit anderen Verbänden**
- XIV. Mitgliederversammlung, Vorstand, Bundesausschuss und Geschäftsstelle**
- XV. Finanzbericht**

I. Der Bundesverband

Im Bundesverband haben sich rund 28.000 Familien und behinderte Menschen in 250 regionalen Mitgliedsorganisationen zusammengeschlossen. Im Jahre 2008 wurden 12 neue Mitgliedsorganisationen aufgenommen. Damit war ein deutlicher Mitgliederzuwachs verbunden. Bei sieben Vereinen handelt es sich um regionale Zusammenschlüsse behinderter Menschen und Eltern behinderter Kinder. Eine Organisation, IntensivKinder zuhause e.V., wurde als überregionale Mitgliedsorganisation mit bundesweiter Ausstrahlung aufgenommen. Vier Träger von Einrichtungen und Diensten der Hilfen für behinderte Menschen wurden als außerordentliche Mitglieder aufgenommen. Zwei Vereine haben sich aufgelöst. In rund 50 Clubs und Gruppen, die überwiegend an die örtlichen Elternorganisationen angebinden sind, finden die Interessen und Bedürfnisse der behinderten Jugendlichen und jungen Erwachsenen Raum zur Entfaltung und Befriedigung. Sie eröffnen die Möglichkeit, sich selbst zu vertreten und eigene Vorstellungen in der Gemeinschaft mit anderen gleichartig Betroffenen, aber auch mit nichtbehinderten jungen Menschen zu realisieren.

Als Selbsthilfeorganisation fördert der Bundesverband die gegenseitige Unterstützung und den Erfahrungsaustausch von Eltern behinderter Kinder in den örtlichen Zusammenschlüssen. Er versteht sich als sozialpolitische Interessenvertretung behinderter Menschen und ihrer Angehörigen auf der Bundes- und Landesebene. Als Fachverband ist es seine Aufgabe, Konzepte der Behindertenhilfe und -selbsthilfe weiterzuentwickeln. Die Mitgliedsorganisationen vor Ort sind Träger von Einrichtungen und Diensten, wie z.B. Freizeit- und Beratungsangebote, Frühförderstellen, Familienunterstützende Dienste, Kindergärten, Schulen, Wohneinrichtungen und vieles andere.

Praxisberatung und Bildungsarbeit, die Herausgabe der Zeitschrift „Das Band“, Mitgliederinformationsschriften bvkm-aktuell, die Fachbücher des Eigenverlages, Elterninformationsschriften, Merkblätter und Ratgeber, das umfangreiche Internetangebot, die Durchführung von Fachveranstaltungen, die Förderung des gegenseitigen Austausches in Arbeitskreisen und auf Tagungen sind die Medien und Instrumente, mit denen der Bundesverband seine Arbeit umsetzt. Ziel ist es darauf hinzuwirken, dass die Lebensbedingungen in unserer Gesellschaft so gestaltet sind, dass Familien mit einem behinderten Kind und behinderte Menschen ein möglichst selbstständiges, nach ihren Vorstellungen ausgerichtetes Leben führen können.

Neben der laufenden Arbeit des Bundesverbandes ist für das Jahr 2008 insbesondere die Namensänderung und die Entwicklung des neuen Erscheinungsbildes des Bundesverbandes hervorzuheben. Mit den Regelungen zur Ehrung verdienter Persönlichkeiten in der Arbeit für und mit behinderten Menschen konnte der Bundesverband ein Instrument schaffen, mit dem besonderes Engagement gewürdigt werden kann. Schließlich sind die Vorbereitungen zum 50. Jubiläum hervorzuheben, die insbesondere die Arbeit in der zweiten Jahreshälfte bestimmten.

II. Selbsthilfe stärken

Nahezu alle Aktivitäten des Bundesverbandes sind darauf ausgerichtet, die **Selbstvertretung und Selbsthilfe** von Eltern behinderter Kinder und behinderter Menschen zu stärken. Das gilt ebenso für die Zeitschrift DAS BAND, die Verlagspublikationen, die Bildungsarbeit und vor allem für die Beratungsarbeit des Bundesverbandes. Die Initiative „Ich bin Wir – Gemeinsam stark mit Behinderung“ hat den örtlichen Gruppen und regionalen Vereinigungen deutlich gemacht, dass sie ihre Angebote und Kontaktmöglichkeiten zu anderen Eltern und betroffenen Menschen sichtbar machen müssen, damit sie von ihnen gefunden werden können. Deshalb haben gerade Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit eine Schlüsselfunktion für die örtliche Arbeit. Der Bundesverband hilft, das Erscheinungsbild der örtlichen Vereine zu verbessern, unterstützt die Herausgabe von Informationsschriften und Faltblättern sowie die Einrichtung von Internetseiten. Neben der Beratung konnte mit der Kontaktvermittlung zu einschlägigen Dienstleistern und mit finanzieller Unterstützung geholfen werden.

Die Informationsbroschüren, die der Bundesverband auch in großer Stückzahl an seine örtlichen Mitgliedsorganisationen weitergibt, sind nach wie vor ein wichtiges Medium, um den Kontakt zu Familien aufzubauen und aufrecht zu erhalten. Gerade die Rechtsratgeber, die an unterschiedliche familiäre Lebenssituationen anknüpfen, haben sich dabei als sehr hilfreich für die örtliche Arbeit erwiesen. Die Materialien werden den Vereinen kontinuierlich über die Internetseiten des Bundesverbandes und über das Mitgliedsrundschreiben „bvkm-aktuell“ angeboten. Etwa 3.200 Broschüren konnten für den Einsatz in der örtlichen Arbeit im Jahr 2008 weitergereicht werden.

Die Steuergruppe, die für die Planung und Durchführung der Initiative „Ich bin Wir – Gemeinsam stark mit Behinderung“ verantwortlich war, sollte ihre Arbeit als **Projektgruppe „Eltern aktiv“** fortsetzen. Sie setzt sich wie die Steuergruppe aus haupt- und ehrenamtlichen Vertretern aus allen Ebenen des Bundesverbandes, den Orts- und Kreisvereinen, den Landesverbänden und dem Bundesverband, zusammen. Ihre Aufgabe besteht darin, die Schwerpunkte, Angebote, Arbeits- und Kommunikationsformen des Bundesverbandes auf die Stärkung der Selbsthilfe und Selbstvertretung auszurichten. Die daraus entwickelte thematische Gliederung der Arbeit beschreibt das Arbeitsprogramm der Projektgruppe „Eltern aktiv“.

1. Kommunikation innerhalb des Verbandes
2. Meinungsbildung und Zusammenarbeit im Bundesverband
3. Serviceleistungen des Bundesverbandes und der Landesverbände für die örtlichen Vereine und die Mitgliedsfamilien

Um die Interessen und Bedürfnisse von Familien mit einem behinderten Kind noch besser aufgreifen zu können, wurde die Arbeit der „**Mütterwerkstatt**“ weiter ausgebaut. Die Mütterwerkstatt ist ein Zusammenschluss von Müttern behinderter Kinder, die sich im Schwerpunkt mit der Situation der Familien aus der Perspektive von Müttern auseinandersetzen.

Die **Mütterwerkstatt** traf sich zu gemeinsamen Beratungen im Jahr 2008 dreimal und befasste sich mit folgenden Themen:

- Müttergruppen vor Ort interessant gestalten
- Anerkennung und Wertschätzung sowohl für Mütterarbeit als auch für das Berufsleben erreichen
- Freizeit und Reisen
- Prävention und Gesundheitsangebote für Mütter
- Gute, angepasste, bezahlbare Betreuung der Kinder
- Wiedereinstieg in den Beruf
- Assistenz in Urlaub und Freizeit
- Netzwerke von Müttern

Die Mütterwerkstatt erarbeitete folgende Arbeitsformen:

1. Es würde eine Mailingliste eingerichtet, in die alle Frauen aufgenommen werden, die ihr Interesse an der Mitarbeit in der Mütterwerkstatt bekundet haben. Über die Mailingliste erfolgt ein kontinuierlicher Austausch der Teilnehmerinnen. Hier werden Informationen und Meinungen ausgetauscht, Themen und Ideen eingebracht und Vorschläge für die Bearbeitung entwickelt.
2. Einmal jährlich kommt die Mütterwerkstatt zu einem Koordinationstreffen zusammen. Das Treffen dient dem persönlichen Austausch, der Reflektion über die Arbeit, der Verabredung konkreter Anliegen und der Vorbereitung der Mütterkonferenz.
3. Alle zwei Jahre soll eine offene bundesweite Mütterkonferenz stattfinden, auf der die Themen der Mütterwerkstatt, die von allgemeinem Interesse sind und für die sich diese Arbeitsform eignet, behandelt werden.

Die **Mütterwerkstatt** erarbeitete bis zum Ende des Jahres 2008 das Manifest der Mütter behinderter Kinder. Das Mütter-Manifest sieht ein Leben mit Behinderung als eine besondere Aufgabe. Gesellschaftliche und politische Wertschätzung und Unterstützung sind Voraussetzungen dafür, ein Kind mit Behinderung großzuziehen. Die Lebenserhaltung, Pflege, Förderung und Erziehung und der Schutz der Kinder mit Behinderung dürfen von der Gesellschaft und der Politik nicht als selbstverständlich und als alleinige Angelegenheit der Mütter und Familien angesehen werden. Das Manifest fordert, dass die Gesellschaft als eine solidarische Gemeinschaft erfahren werden kann, als eine Gesellschaft, die gerade dadurch lebt, dass Menschen der Gemeinschaft bedürfen.

III. Sozial- und Gesundheitspolitik für Menschen mit Behinderungen und ihre Familien

Als sachverständiges, kritisches Gegenüber von Gesetzgeber, Regierung und Verwaltung bringt der Bundesverband die Interessen behinderter Menschen in Staat und Gesellschaft auf vielfältige Art und Weise zur Geltung. Er regt Gesetzesänderungen an und macht durch Presseerklärungen sowie durch seine Mitwirkung in beratenden Gremien, Fachausschüssen und bei Tagungen auf die Probleme behinderter Menschen aufmerksam. In öffentlichen Anhörungen sowie in Gesprächen mit PolitikerInnen und leitenden VerwaltungsbeamtInnen trägt der Bundesverband die Forderungen und Standpunkte seiner Mitglieder vor.

Im Mittelpunkt der sozialpolitischen Arbeit des Bundesverbandes standen 2008 die Umsetzung des im Juli 2008 in Kraft getretenen Pflege-Weiterentwicklungsgesetzes, die kritische Begleitung des Gesetzgebungsverfahrens zur Einführung Unterstützter Beschäftigung sowie die Diskussion über den Beschluss der 85. Arbeits- und Sozialministerkonferenz zur Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen.

Weitere sozialpolitische Akzente hat der Bundesverband in seinen Stellungnahmen zu folgenden Gesetzentwürfen gesetzt:

- Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Zugewinnausgleichs- und Vormundschaftsrechts,
- Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung eisenbahnrechtlicher Vorschriften an die Verordnung (EG) Nr. 1371/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über die Rechte und Pflichten der Fahrgäste im Eisenbahnverkehr,
- Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung der zivilrechtlichen Vorschriften des Heimgesetzes nach der Föderalismusreform Dezember 2008, sowie zum
- Arbeitsentwurf eines Gesetzes zur Betreuung in einer Pflegefamilie.

Wichtige Impulse für seine sozialpolitische Arbeit erhält der Bundesverband u.a. durch seinen regelmäßigen Austausch mit den Landesverbänden im Rahmen des **Arbeitskreises Sozialpolitik**. In diesem Gremium werden sozialpolitische Themen erörtert und Positionen zu aktuellen Gesetzesvorhaben abgestimmt.

Zur sozialpolitischen Arbeit im Einzelnen:

Pflege-Weiterentwicklungsgesetz

Im Juli 2008 ist das Pflege-Weiterentwicklungsgesetz in Kraft getreten. Die Pflegeversicherung ist eine wichtige und unverzichtbare Säule der sozialen Sicherung für Menschen mit Behinderung und für Familien mit behinderten Kindern. Ihre dauerhafte Sicherung und Weiterentwicklung ist für Menschen mit Behinderung von größtem Interesse. Das Pflege-Weiterentwicklungsgesetz bleibt mit seinem Teilleistungscharakter, den Pflegestufen und der Unterscheidung von Pflegegeld und Pflegesachleistung im System des bisherigen SGB XI. Das weiterhin auf pflegebedürftige ältere Menschen ausgerichtete Gesetzeswerk entwickelt nur an wenigen Stellen entlastende Angebote weiter, die auch pflegebedürftige Kinder mit Behinderung und ihre Familien erreichen.

Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang eine auf die Initiative des Bundesverbandes zurückzuführende Verbesserung für pflegebedürftige Kinder unter 18 Jahren. Seit Juli 2008 kann dieser Personenkreis seinen Anspruch auf Leistungen der Kurzzeitpflege auch in Einrichtungen der Behindertenhilfe oder anderen geeigneten Einrichtungen realisieren. Damit wird die bisher im Schwerpunkt auf alte Menschen ausgerichtete Leistung der Kurzzeitpflege durch eine Flexibilisierung des Leistungsortes für behinderte Kinder und ihre Familien zugänglicher gemacht.

Unbefriedigend bleibt, dass behinderten Menschen die Leistungen der Pflegeversicherung weiterhin nicht unabhängig vom Ort der Leistungserbringung vollständig zur Verfügung stehen, im Rahmen des trägerübergreifenden Persönlichen Budgets im Bereich der Pflegesachleistung nach wie vor das Prinzip des Gutscheinsystems aufrechterhalten bleibt und die Probleme der Abgrenzung zwischen Eingliederungshilfe nach dem SGB XII und den Leistungen nach dem SGB XI nicht beseitigt, sondern in Teilen verschärft werden.

Unterstützte Beschäftigung

Am 30. Dezember 2008 ist das Gesetz zur Einführung Unterstützter Beschäftigung in Kraft getreten. Unterstützte Beschäftigung (UB) soll behinderten Menschen mit einem komplexen Unterstützungsbedarf ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt eröffnen. UB beinhaltet in der Regel zunächst eine zeitlich befristete, individuelle betriebliche Qualifizierung am Arbeitsplatz. Bei Bedarf schließt sich nach Aufnahme eines regulären Beschäftigungsverhältnisses eine zeitlich unbefristete Berufsbegleitung an.

In seiner Stellungnahme zur Einführung der Unterstützter Beschäftigung für behinderte und schwerbehinderte Menschen hat der Bundesverband grundsätzlich begrüßt, dass die Bundesregierung das Instrumentarium der Eingliederung behinderter Menschen in den allgemeinen Arbeitsmarkt ergänzen und verbessern möchte. Er begrüßte ebenfalls, dass auch behinderten Menschen, die aus einer WfbM auf den allgemeinen Arbeitsmarkt wechseln wollen und weiterhin der Unterstützung bedürfen, bei Bedarf einen Anspruch auf Berufsbegleitung als Teil der Unterstützten Beschäftigung haben. Um auch Menschen mit Behinderungen in einer WfbM zu ermutigen, den Schritt aus der WfbM auf den allgemeinen Arbeitsmarkt zu wagen, regte der Bundesverband im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens die Aufnahme einer klarstellenden Regelung an, dass für sie eine Rückkehr in die Werkstatt jederzeit möglich ist. Außerdem sprach er sich dafür aus, die Zeiten der individuellen betrieblichen Qualifizierung im Rahmen der Unterstützten Beschäftigung nicht voll auf die Dauer des Berufsbildungsbereiches sondern nur zur Hälfte anzurechnen. Kritisch äußerte sich der Bundesverband zu der vorgesehenen vollständigen Finanzierung der Berufsbegleitung durch das Integrationsamt aus Mitteln der Schwerbehindertenausgleichsabgabe. Das Aufkommen der Ausgleichsabgabe ist rückläufig, so dass bereits für die Erfüllung bestehender Aufgaben der Integrationsämter finanzielle Engpässe eingetreten sind und daher für eine Ausweitung des Aufgabenkatalogs kein Raum bleibt.

Der Bundesverband regte an, dass der Bundesgesetzgeber zumindest die Voraussetzungen für eine mögliche Beteiligung der Träger der Sozialhilfe an den Leistungen der Berufsbegleitung schafft.

Eingliederungshilfe

Aufgrund der demografischen Entwicklung wächst in den nächsten Jahren die Zahl der Menschen, die auf Leistungen der Eingliederungshilfe angewiesen sind. Die Sozialhilfeträger mahnen deshalb bereits seit längerer Zeit eine Neuordnung der Finanzierungsgrundlagen für die Eingliederungshilfe an.

Die Finanzierungsprobleme treffen auf allgemeine gesellschaftliche Entwicklungen, die stark von individuellen Formen der Lebensführung geprägt sind. Auch behinderte Menschen und ihre Eltern orientieren sich an diesen Vorstellungen. Erfahrungen von Integration und Vorstellungen von Inklusion führen bei behinderten Menschen und ihren Angehörigen zum Wunsch und zu Forderungen nach alternativen Unterstützungsangeboten. Mit dem SGB IX, dem Behindertengleichstellungsgesetz und dem allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz wurde die Stellung des behinderten Menschen in der Gesellschaft und im Eingliederungs- und Rehabilitationsprozess verändert - von der Fürsorge zur Teilhabe. Die Einrichtungen und Dienste der Behindertenhilfe haben diesen Wandel erst ansatzweise vollzogen. Der Bundesverband sieht seine Aufgabe darin, den als notwendig erkannten Umstrukturierungsprozess, so mitzugestalten, dass die Interessen behinderter Menschen auch mit schweren und mehrfachen Behinderungen gewahrt bleiben.

Gegenstand der Beschäftigung mit diesem Thema waren insbesondere das Vorschlagspapier der Bund-Länderarbeitsgruppe zur Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe und die Beschlussfassung der Arbeits- und Sozialministerkonferenz (ASMK) im November 2008.

Danach sollte sich die Reform der Eingliederungshilfe an folgenden Eckpunkten orientieren:

- Entwicklung zu einer personenzentrierten Teilhabeleistung durch eine stärkere Berücksichtigung der individuellen Bedarfe und Beachtung des Selbstbestimmungsrechtes der Menschen mit Behinderungen
- Entwicklung eines durchlässigen und flexiblen Hilfesystems
- Schaffung von Beschäftigungsalternativen zur Werkstatt für behinderte Menschen

Zu diesen Eckpunkten hat der Bundesverband im Dezember 2008 gemeinsam mit der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen und anderen Verbänden, eine Stellungnahme abgegeben. Darin wird unter anderem gefordert, dass sich der Umstrukturierungsprozess an folgende Leitlinien orientiert:

- Lebenslange Sicherung der Förderung und Unterstützung behinderter Menschen auf der Grundlage von Rechtsansprüchen, nach den Prinzipien individueller Bedarfsdeckung.
- Jede Entwicklung muss auf einen Zuwachs an Wahl- und Entscheidungsmöglichkeiten für eine individuelle Lebensplanung ausgerichtet sein.
- Behinderung darf den Einzelnen und seine Familie nicht arm machen. Besondere Aufwendungen sind über einen Nachteilsausgleich abzusichern.
- Alle Menschen müssen, unabhängig von der Art und dem Ausmaß ihrer Behinderung, an der Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe partizipieren können.
- Veränderungen müssen transparent entwickelt und umgesetzt werden.

Darüber hinaus wurde gefordert, den Prozess durch eine Teilhabebeirat zu begleiten.

Komplexeleistung Frühförderung

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat den Abschlussbericht zur Datenerhebung zu den Leistungs- und Vergütungsstrukturen in der Frühförderung behinderter und von Behin-

derung bedrohter Kinder Mitte des Jahres 2008 veröffentlicht. Die Studie des ISG Köln stellt ein erhebliches Vollzugsdefizit bei der Umsetzung der Komplexleistung Frühförderung fest.

Die Untersuchung weist auf die Notwendigkeit von Klarstellungen und Weiterentwicklungen hin. Dazu zählen:

- Die Komplexleistung soll in ihren unterschiedlichen Ausprägungen konkret beschrieben werden.
- Förder- und Behandlungsleistungen mit dem Kind und Beratungsleistungen der Eltern sollen gleichrangig behandelt werden.
- Die Finanzierung mobiler Frühförderung muss gewährleistet werden.
- Eine personelle Mindestausstattung sollte nicht unterschritten werden.
- Die offene Erstberatung soll sichergestellt und finanziert werden.
- Zeiten, Qualitätsstandards und Vergütungsmodalitäten der Eingangsdiagnostik sollten geregelt werden.

Der ISG-Forschungsbericht, insbesondere die Schlussfolgerungen daraus, wurden von den Eltern-, Fach- und Trägerorganisationen zum Anlass genommen, auf die zentralen Probleme in der Umsetzung der Komplexleistung hinzuweisen und Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Das bis zum Ende des Jahres 2008 fertig gestellte Positionspapier greift die bereits beschriebenen zentralen Themenbereiche auf, benennt Verantwortlichkeiten und fordert die Verantwortlichen konkret auf, die vorgeschlagenen Lösungen umzusetzen. Ein besonderes Gewicht erhielt das Positionspapier dadurch, dass sich die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände ihm anschloss.

Heilmittel

Die Versorgung behinderter Kinder **mit Heilmitteln** (KG, Logopädie und Ergotherapie) wurde im Jahre 2008 angesichts der Ausgabenbegrenzung im Heilmittelbereich und der Umsetzung durch Praxisrichtgrößen immer schwieriger. Im Rahmen der Patientenvertretung im Gemeinsamen Bundesausschuss bemüht sich der Bundesverband darum, die Überarbeitung der Heilmittelrichtlinie zum Anlass zu nehmen, auf die erheblichen Probleme hinzuweisen und Lösungen vorrangig im Bereich der Heilmittelrichtlinie zu suchen. Zur Sicherstellung der Versorgung behinderter und von Behinderung bedrohter Kinder mit Heilmitteln erarbeitete der Bundesverband eine Problemanalyse und erste Lösungsvorschläge. Nach den Vorstellungen des Bundesverbandes muss erreicht werden, dass die Leistungen für Menschen mit schwerwiegenden Behinderung und einen dauerhaften Heilmittelbedarf, bei der Wirtschaftlichkeitsprüfung von Verordnungen ausgenommen werden. Für diesen Personenkreis soll die Leistungserbringung auch außerhalb der Praxen in Tageseinrichtungen möglich sein. Durch den Umstrukturierungsprozess des Gemeinsamen Bundesausschusses, konnten die vom Bundesverband entwickelten Vorstellungen im Jahre 2008 nicht eingebracht werden. Daher musste es auf diesem Themenfeld bei Vermittlungsversuchen im Einzelfall und bei der Führung von Hintergrundgesprächen bleiben.

Häusliche Krankenpflege

Mit dem GKV-WVG wurde die Möglichkeit geschaffen, dass behinderte Menschen auch außerhalb der Familie und des eigenen Haushaltes häusliche Krankenpflege als Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung in Anspruch nehmen können. Durch einen erweiterten Häuslichkeitsbegriff sollten auch Wohneinrichtungen für behinderte Menschen einbezogen werden, um der Entwicklung gemeindenaher Wohnformen Rechnung zu tragen.

Der Gemeinsame Bundesausschuss hatte in einer Richtlinie festzulegen, an welchen Orten und in welchen Fällen Leistungen der häuslichen Krankenpflege außerhalb der Familie erbracht werden können. Der Versuch misslang. Der Bundesverband wies darauf hin, dass mit dieser Regelung neue Probleme entstehen. Die Richtlinien formulieren einen Nachrang der Leistungen der GKV zur Häuslichen Krankenpflege gegenüber anderen Sozialleistungsträgern. Die Eingliederungshilfe als Leistung der Sozialhilfe ist gegenüber anderen Sozialleistungsträgern ihrerseits nachrangig. Die Sozialhilfe hat, da sie der individuellen Bedarfsdeckung gerecht

werden muss, auch den Bedarf an häuslicher Krankenpflege zu decken und hat dies in vielen Fällen in der Vergangenheit auch bis zu einem bestimmten Umfang und in unterschiedlichen Formen getan. Dadurch entsteht ein Dilemma. Die Krankenkassen leisten nur dann, wenn kein anderer Leistungsträger zuständig ist. Die Sozialhilfe leistet nicht, wenn es keinen vorrangigen Leistungsträger gibt. Trotz der zum Teil sowohl von den Kassen als auch vom Sozialhilfeträger verantwortlich umgesetzten Regelung in Einzelfällen, scheiterte die Richtlinie insgesamt. Die inzwischen vorliegende Rechtsprechung macht deutlich, dass die Ziele des Gesetzgebers mit der Richtlinie nicht erreicht werden können.

Behandlungspflege in stationären Einrichtungen

Eine Arbeitsgruppe der fünf Fachverbände der Behindertenhilfe erarbeitete im Jahre 2008 die Leitlinie für die „*Behandlungspflege durch stationäre Einrichtungen der Behindertenhilfe*“. Sie soll Trägern und Leitungsverantwortlichen der Einrichtungen Handlungssicherheit auf der Grundlage eines von den Fachverbänden der Behindertenhilfe getragenen Konsenses vermitteln. Sie trägt damit zur Qualitätsentwicklung und zur Qualitätssicherung sowie zur Transparenz gegenüber Klienten und Leistungsträgern bei. Diese Leitlinie bietet einen Rahmen für die Gestaltung von Behandlungspflege durch die Einrichtungen an. Die Träger haben die Anwendung der Leitlinie und die konkrete Ausgestaltung der Behandlungspflege vor Ort eigenverantwortlich zu gestalten. Sie soll die Handlungsspielräume unter dem Gesichtspunkt lebensweltlicher Orientierung von Eingliederungshilfe erweitern und die Förderung der Teilhabechancen von Bewohnerinnen und Bewohnern stationärer Einrichtungen der Behindertenhilfe verbessern helfen. Ihr Recht auf Selbstbestimmung und die Gestaltung der Hilfen unter einem einheitlichen Konzept sollen gewährleistet werden. Die Leitlinie kann beim bvkm bezogen werden.

IV. Information und Beratung

Insgesamt hat der Bundesverband im vergangenen Jahr 515 schriftliche und 432 telefonische Einzelanfragen aus allen Bereichen des Behindertenrechts beantwortet. Das Beratungsangebot richtet sich nicht allein an die 28.000 Mitgliedsfamilien, sondern steht grundsätzlich allen Ratsuchenden offen. Trotz des hohen Beratungsbedarfs musste die telefonische Sprechstunde aus Kapazitätsgründen auf einen Sprechtag pro Woche beschränkt bleiben. Im übrigen erfolgt die Beratung schriftlich, per E-Mail und über das Forum des Bundesverbandes im Internet.

Für häufig auftretende Rechtsprobleme bietet der Bundesverband außerdem **Argumentationshilfen** in Gestalt von Musterschreiben und Musterwidersprüchen an, die kostenlos von der Internetseite www.bvkm.de heruntergeladen werden können. Neue höchstrichterliche Rechtsprechung hat eine vollständige Überarbeitung der Argumentationshilfe bei Anrechnung des kostenlosen Mittagessens auf die Grundsicherung erforderlich gemacht. Seit 2007 befindet sich auf der Internetseite darüber hinaus die Rubrik „**Rechtsfrage der Woche**“, in der häufig gestellte Rechtsfragen aufgegriffen und beantwortet werden, um dieses Rechtswissen einem größeren Personenkreis zur Verfügung zu stellen. In einem extra eingerichteten Archiv können die Rechtsfragen und Antworten der vorherigen Wochen weiterhin eingesehen werden. Abgerundet wird das Internetangebot durch Informationen über aktuelle und wichtige Urteile, Gesetzesvorhaben, neu in Kraft getretene Gesetze und durch das Forum, in dem sich Menschen mit Behinderungen und Angehörige auch zu rechtlichen Themen austauschen. Die Zeitschrift DAS BAND, die 2008 mit sechs Ausgaben erschienen ist, greift ebenfalls die Beratungsbereiche in den Schwerpunktthemen und im Magazinteil auf.

Ratgeberbroschüren

Der bewährte Ratgeber „Mein Kind ist behindert – diese Hilfen gibt es“, das Steuermerkblatt für Familien mit behinderten Kindern, das Merkblatt zur Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII, die Broschüre „Das Testament – Vererben zugunsten behinderter Menschen“, der Ratgeber „Das Persönliche Budget“ sowie die drei Broschüren „Der Rechtsweg ist nicht ausgeschlossen. Leben im Elternhaus/ im Wohnheim/in einer ambulant betreuten Wohnung“ werden regelmäßig aktualisiert.

Das gemeinsam mit dem Union-Versicherungsdienst vollständig überarbeitete Versicherungsmerkblatt, ist im April 2008 erschienen. Die Broschüre stellt vor allem die besonderen Erfordernisse an die Gestaltung des Versicherungsschutzes für Eltern behinderter Kinder dar, berücksichtigt aber auch Versicherungsfragen in Einrichtungen und bei bestehender gesetzlicher Betreuung und weist auf die neuen Regelungen im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz hin

Seminare

Anfang 2008 hat der Bundesverband für die Mitglieder und MitarbeiterInnen seiner Mitgliedsorganisationen ein Seminar mit dem Titel „Das Persönliche Budget – Einsatzmöglichkeiten der Leistungsform für Kinder und Jugendliche mit Behinderung“ veranstaltet. Das Seminar richtete sich an Eltern behinderter Kinder und Jugendliche sowie Mitglieder aus den Ortsvereinen. Ziel des sehr gut besuchten Seminars war die Vermittlung eines fundierten Grundwissens über die rechtlichen Rahmenbedingungen des Persönlichen Budgets. Neben der Erläuterung des Verfahrensablaufs anhand budgetfähiger Leistungen für Kinder und Jugendliche, wurden bisherige Probleme und Hindernisse bei der Umsetzung in der Praxis und mögliche Lösungen aufgezeigt.

Der Bundesverband gibt verständliche **Basiselterninformationen** heraus, die zum Verständnis und zum angemessenen Umgang mit dem behinderten Kind beitragen sollen und die Grundlage für eine informierte Entscheidung darstellen. Die beiden ersten Schriften der Reihe „Kinder mit cerebralen Bewegungsstörungen“, „Eine Einführung“ und „Förderung und Therapie“, wurden im Jahr 2008 vollständig überarbeitet. Unter der Herausgeberschaft der ehemaligen Vorsitzenden der Bobath-Vereinigung wurde eine Textsammlung erarbeitet, die den fachlichen Hintergrund der Arbeit von Physiotherapeuten, Ergotherapeuten, Logopäden, Pädagogen, Psychologen und Mediziner vorstellt. Die beiden Broschüren, die durch freundliche Bilder von Kindern mit cerebraler Bewegungsstörung aufgelockert und durch Erläuterungen der wichtigsten Fachbegriffe ergänzt werden, erscheinen in der ersten Hälfte des Jahres 2009.

4. Menschen im Bundesverband

Lebensrecht behinderter Menschen und seine Gefährdung

Pränataldiagnostik

Unter dem Titel „Da stimmt doch was nicht ... Logik, Praxis und Folgen vorgeburtlicher Diagnostik“ fand Ende Februar 2008 ein Kongress im Deutschen Hygienemuseum in Dresden statt. Der Bundesverband beteiligte sich im Rahmen einer Veranstaltungsgemeinschaft aus dem „Netzwerk gegen Selektion durch Pränataldiagnostik“ an den Vorbereitungen, sicherte die Finanzierung des Kongresses und übernahm die organisatorische Verantwortung für die Durchführung des Kongresses. Die Tagung fand mit über 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmern ein unerwartet großes Interesse. Reflektion, Aufklärung, Sensibilisierung für die Folgen der Pränataldiagnostik, die Suche nach Wegen und Bündnispartnern waren die zentralen Impulse für die Ausrichtung des Kongresses. Nach dem erfolgreichen Kongress zur Pränataldiagnostik wurde unter dem gleichnamigen Titel „Da stimmt doch was nicht – Logik, Praxis und Folgen vorgeburtlicher Diagnostik“ eine 115 Seiten umfassende Kongressdokumentation herausgegeben. Durch das große Interesse musste bereits eine zweite Auflage im Jahr 2008 gedruckt werden. Der Kongressband enthält alle Vorträge und die wesentlichen Ergebnisse der Diskussion aus den Arbeitsgruppen und Foren.

Kinder mit cerebralen Bewegungsstörungen

Mit den einschlägigen Fachgesellschaften und Elternorganisationen beteiligt sich der Bundesverband weiter an der Umsetzung und Implementierung der Internationalen Klassifikation der Fähigkeiten, Behinderung und Gesundheit der Weltgesundheitsorganisation für Kinder und Jugendliche in Deutschland (**ICF-CY**).

Mit der Aufnahme der Elternvereine zur Förderung der **Konduktiven Förderung** von Kindern mit cerebralen Bewegungsstörungen sind dem Bundesverband neue Aufgaben zugewachsen. Die in den Vereinen zusammengeschlossenen Eltern bemühen sich darum, ihren Kindern die ganzheitliche und fachdisziplinübergreifende Förderung nach dem Konzept der Konduktiven Förderung zugänglich zu machen. Der vom Bundesverband eingesetzte Fachausschuss Konduktive Förderung sollte den aktuellen Stand des Konzeptes in Deutschland beschreiben, eine Übersicht über die vorhandenen Fördermöglichkeiten und Angebote geben und Vorstellungen zur Implementierung der Konduktiven Förderung in das System der Rehabilitation und Eingliederung behinderter Kinder, überwiegend mit cerebralen Bewegungsstörungen, erarbeiten.

Der Fachausschuss beendete im Oktober 2008 seine Arbeit an der Schrift „Integration Konduktiver Förderung in das Rehabilitations- und Bildungssystem für Menschen mit Behinderung in Deutschland“. Darüber hinaus bereitete er die Veröffentlichung der Broschüre sowie ihre Präsentation auf dem Jubiläumskongress „Konduktive Förderung baut Brücken“ im Oktober 2008 in München vor. Damit liegt erstmals eine umfassende Darstellung der Konduktiven Förderung in Deutschland vor. Sie verdeutlicht den Stellenwert für Menschen mit Körper- und mehrfachen Behinderungen und ihre Familien, dient der Standortbestimmung und der Entwicklung von Perspektiven zur systematischen Integration der Konduktiven Förderung in das bestehende Habilitations-, Rehabilitations- und Bildungssystem für behinderte Menschen. Durch die Beteiligung der Elternorganisation des Berufsverbands der in Deutschland tätigen Konduktorinnen, des europäischen Fachverbandes der Konduktiven Förderung und Berufsausübung, der deutschsprachigen Ausbildungsinstitutionen sowie der Leistungsanbieter konnte ein breiter Konsens aller an der Konduktiven Förderung in Deutschland Beteiligten erreicht werden. Die Schrift soll die eigenständige Entwicklung der Konduktiven Förderung in Deutschland belegen und von der Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit ihrer Integration überzeugen.

Behinderte Pflegekinder

Als Elternorganisation setzt sich der Bundesverband dafür ein, dass Kinder und Jugendliche mit Behinderung, die nicht in ihren Herkunftsfamilien leben können, vorrangig Aufnahme und Betreuung in Pflegefamilien finden können. Seit vielen Jahren wird über die strittige Zuständigkeit zwischen Jugendhilfe und Sozialhilfe Klage geführt. Der Bundesverband hat darauf immer wieder hingewiesen, zuletzt bei seinen Anregungen für den Bericht der Bundesregierung über die Lage behinderter Menschen und für den 13. Kinder- und Jugendbericht.

Der Bundesverband hat daher einen gesetzlichen Zusatz durch einen § 54a SGB XII gefordert, der einen Vorrang der Betreuung behinderter Kinder und Jugendlicher in einer Pflegefamilie begründet und die Betreuung in einer Pflegefamilie zu einer Leistung der Eingliederungshilfe begründet. Damit wird auch die Ungleichbehandlung geistig und körperlich behinderter Kinder und Jugendlicher gegenüber seelisch behinderten und nichtbehinderten Kindern und Jugendlichen beseitigt.

Arbeit für und mit behinderte(n) Mädchen und junge(n) Frauen

Der Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen e.V. setzt in der Kinder- und Jugendarbeit seit zehn Jahren einen Schwerpunkt in der Arbeit für und mit Mädchen und jungen Frauen mit Behinderung. Im Rahmen seiner Mädchenarbeit bietet der Bundesverband alle zwei Jahre eine sogenannte „Mädchenkonferenz“, eine Wochenendveranstaltung nur für Mädchen und junge Frauen mit Behinderung an und gibt die Zeitschrift „MiMMi – das Mitmach-Mädchenmagazin-Mittendrin“ heraus.

Mit der **Mädchenkonferenz** ist die vorrangige Zielsetzung verbunden, den Teilnehmerinnen die Möglichkeit zu bieten, Kontakt mit gleich Betroffenen zu knüpfen, sich mit ihnen auszutauschen, Freundschaften zu schließen und in Workshops sich mit verschiedenen Themen auseinander zu setzen bzw. in kreativen Workshops neue Angebote auszuprobieren. Als Veranstaltungsort konnte das Annastift in Hannover gewonnen werden.

Die 6. Mädchenkonferenz fand unter dem Motto „Macht doch, was IHR wollt!“ vom 17. bis 19. Oktober 2008 in Hannover statt. Mit 330 Teilnehmerinnen, 30 Workshopleiterinnen und rund 40

Helferinnen und Organisatorinnen wurden Rekord-Zahlen der letzten Mädchenkonferenz noch einmal übertroffen. Die erreichte Größenordnung war organisatorisch kaum noch zu bewältigen. Kurzfristig zusätzlich organisierte Unterkünfte und eine tolle Unterstützung durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Annastiftes machten eine Teilnahme für alle Interessentinnen möglich. Die Mädchen und jungen Frauen waren zwischen 12 und 25 Jahre alt. Die Teilnehmerinnen kamen aus dem gesamten Bundesgebiet. Die weiteste Anreise nahmen Teilnehmerinnen aus Kempten und aus Villingen-Schwenningen auf sich. Erstmals konnten gleichzeitig drei Gruppen aus den neuen Bundesländern auf der Mädchenkonferenz begrüßt werden. Sie kamen aus Chemnitz, Plauen und Freiberg.

Das vielfältigen Programm umfasste 20 Workshops - teils kreativ-gestalterisch, teils sportlich und teils inhaltlich-thematisch ausgerichtet. Dank der großen Flexibilität auf Seiten des Kooperationspartners, der kurzfristig zusätzliche Räumlichkeiten zur Verfügung stellte, ebenso wie auf Seiten der Teilnehmerinnen und der Workshopleiterinnen wurde die Mädchenkonferenz zu einem ereignisreichen Wochenende für die Teilnehmerinnen. Mit Begeisterung präsentierten die Mädchen und jungen Frauen am Sonntagmorgen auf der Matinee „Vorhang auf: Hier sind wir!“ das in den Workshop Erarbeitete. Insbesondere die kreativen und bewegungsorientierten Workshops nutzten die Gelegenheit zur Präsentation. Auf diese Art können die Teilnehmerinnen einerseits selbst das Erarbeitete präsentieren, gleichzeitig aber auch durch die Präsentation der anderen Workshops Anregungen für sich selbst mit nach Hause nehmen. Da zu der Präsentation immer auch öffentlich eingeladen wird, erfahren die Teilnehmerin zusätzlich eine Wertschätzung ihrer „Arbeit“.

Die Zeitschrift **MiMMi – das Mitmach-Mädchenmagazin-Mittendrin** wurde 1999 ins Leben gerufen, um die Ergebnisse des damaligen Modellprojektes zur Arbeit mit Mädchen und jungen Frauen mit Behinderung projektbegleitend zu veröffentlichen. In der Zeitschrift geht es vorrangig darum, den Mädchen und jungen Frauen selbst die Möglichkeit zu geben, ihre Sichtweisen und Interessen darzustellen. Sie bietet sowohl den Mädchen, die sich mit eigenen Beiträgen an der Zeitschrift beteiligen, als auch den Leserinnen die Möglichkeit, sich mit den Themen der Zeitschrift auseinander zu setzen. Die Ausgabe 18 (Sommer 2008) widmete sich dem Thema „Mein Vorbild“. Aufgrund der positiven Erfahrungen bei den vorhergehenden Ausgaben, wurde wieder ein Fragebogen zum Thema entwickelt und an die Leserinnen versendet. Insgesamt wurden 75 Beiträge von Mädchengruppen und einzelnen Mädchen und jungen Frauen eingereicht. 80 % der Beiträge wurden in Mädchengruppen erarbeitet, die restlichen Beiträge kamen von einzelnen Mädchen. Ursula Eggli schrieb in diesem Beitrag über ihre Vorbildfunktion für die Teilnehmerinnen der Mädchenkonferenz, die sie nur wider Willen übernommen hatte. Während des Produktionszeitraums der MiMMi verstarb Ursula Eggli.

Die 19. Ausgabe der Zeitschrift MiMMi wurde in 2008 vorbereitet. Auf der Mädchenkonferenz wurden zusätzliche Interviews zum Thema „Mein Lieblingstier“ geführt. Sie ergänzen die schriftlich eingereichten Beiträge. Aufgrund der umfangreichen Vor- und Nachbereitung zur Mädchenkonferenz sowie der Vorbereitungen zur 50-Jahr-Feier des Bundesverbandes konnte die Ausgabe nicht mehr in 2008 realisiert werden. Mädchenkonferenzen und die Zeitschrift MiMMi werden weiterhin Bestandteile des Angebotes des Bundesverbandes sein.

Kinder mit schweren und mehrfachen Behinderungen in der Schule

Der vom Bundesausschuss angeregte und vom Vorstand des Bundesverbandes eingesetzte „Arbeitskreis Schule“ hat sich intensiv mit den Forderungen der UN-Konvention nach einer „inklusiven Schule“ und den Konsequenzen insbesondere für Schülerinnen und Schüler mit schweren und mehrfachen Behinderungen auseinander gesetzt. Der Arbeitskreis begrüßt die Forderungen der UN-Konvention nach Chancengleichheit für behinderte Kinder, Jugendliche und Erwachsene in den Grundschulen, weiterführenden Schulen und im Hochschulbereich in einem integrativen Umfeld. Sie sollen sicherstellen, dass die Bildung Behinderter ein integraler Bestandteil des Bildungssystems ist. Der Arbeitskreis teilt die Auffassung, dass der visionäre Inklusionsprozess als gesamtgesellschaftlicher Auftrag definiert werden muss.

Das Bildungsrecht von Schülerinnen und Schülern mit schwersten und Mehrfachbehinderungen wird in Deutschland in der Institution Schule auf vielfältige Weise realisiert: Der Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen vertritt die Interessen von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen mit Körper- und Mehrfachbehinderungen. Damit eine Inklusion in der Zukunft Wirklichkeit werden kann, müsste sich die allgemeine Pädagogik verändern. Die Fachlichkeit der Sonderpädagogik müsste Einzug in die Ausbildung und die Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer finden. Es könnten gemeinsame Schulzentren entstehen, mit einer optimalen Ausstattung, damit die Kinder nach Bedarf und Fähigkeiten alle Angebote wahrnehmen und mit nichtbehinderten Kindern zusammen aufwachsen können. Bedingungen dazu sind Zusammenarbeit der Fachdisziplinen und der Fachkräfte sowie die nötige Ausstattung und eine Infrastruktur, die eine barrierefreie Teilhabe behinderter Schülerinnen und Schüler ermöglicht.

Mit seinen Positionen hat der Arbeitskreis Schule einen wichtigen Beitrag für die Auseinandersetzung geliefert, die durch die UN-Konvention zwingend geworden ist. Die Meinungsbildung soll auf einem Fachtag 2009 mit allen maßgeblichen Anspruchsgruppen und allen Ebenen des Verbandes vorangetrieben werden.

„Frauen sind anders – Männer auch!“

Das Projekt für Frauen und Männer mit Behinderung

Die Geschlechtsidentität, sowohl die eigens empfundene (sich als Frau oder Mann fühlen), als auch die fremd zugeschriebene (als Frau oder Mann wahrgenommen zu werden) ist wesentlicher Bestandteil der Identität eines Menschen. Der Geschlechtszugehörigkeit von Menschen mit Behinderung wird immer noch zu wenig Beachtung geschenkt. Die üblichen Rollenanforderungen werden von Männern und Frauen mit Behinderung wahrgenommen, können jedoch nicht immer erfüllt werden bzw. werden ihnen nicht zugestanden. Geschlechtsspezifische Lebensumstände und Bedürfnisse werden vom Umfeld oft als diese nicht erkannt. Mit dem für drei Jahre angelegtem Projekt „Frauen sind anders – Männer auch!“ startete der BVKM im Mai 2007 ein geschlechterspezifisches Angebot mit dem auch Frauen und Männer mit Behinderung im Erwachsenenalter erreicht werden sollen. Ziel des Projektes ist es, Menschen mit Behinderung Möglichkeiten zu erschließen, sich als Frauen und Männer zu erleben und auszuleben und somit gegen die bisherige Ausblendung der Geschlechtszugehörigkeit von Menschen mit Behinderung vorzugehen.

Schwerpunktmäßig machte sich das Projekt im Jahr 2008 an die Verankerung von lokalen Angeboten für Frauen und Männer mit Behinderung durch Neugründungen und Einbindungen bereits bestehender Frauen- bzw. Männergruppen. Mit diesen niedrigschwelligen, den Möglichkeiten der Zielgruppe angepassten Gruppenangeboten sollen Themen in den Mittelpunkt gerückt werden, in welche das Geschlecht der jeweiligen TeilnehmerInnen hineinspielt. Aufgrund der vielen eingegangenen unterstützungswürdigen Konzepte weitete der Bundesverband die finanzielle Unterstützung aus, mit der Folge, dass mehr Gruppen als geplant gefördert werden: insgesamt 10 Männergruppen und 18 Frauengruppen. Weitere 5 Männergruppen und 10 Frauengruppen schlossen sich aus Vernetzungsgründen dem Projekt an, ohne eine finanzielle Unterstützung zu erhalten. Die größere Anzahl der Frauengruppen spiegelt die höhere geschlechtsspezifische Aufmerksamkeit behinderter Frauen und Fachfrauen wieder.

Die Gruppenangebote erstrecken sich über das ganze Bundesgebiet. Besonders stark sind Frauen- und Männergruppen im Westen Deutschlands (NRW) vertreten. Aus dem Osten bewarben sich lediglich zwei Frauengruppen (Berlin, Sachsen-Anhalt). Es gibt Gruppen in Werkstätten für Menschen mit Behinderung, Angebote in Wohnstätten und Vereinen der Selbsthilfe, die offen sind für alle Männer oder Frauen mit (und teilweise auch ohne) Behinderung aus der Umgebung. Die Angebote sind unterschiedlich konzipiert. Die meisten Gruppen bieten ein offenes Angebot an, das sich aus Freizeitgestaltungen und Gesprächstreffen zusammensetzt. In den Gesprächstreffen werden verschiedene Dinge thematisiert. Häufig behandelte Themen in Frauengruppen sind „Selbstbewusstsein und Selbstverteidigung“ und „Mein Leben als Frau mit Behinderung“. Aber auch Ernährungsberatungen sowie Verwöhnabende werden angeboten. In Männergruppen spielt das Thema (Homo-)Sexualität eine Rolle, sowie die Auseinandersetzung mit der Männerrolle. Erlebnispädagogische Aktivitäten sind ebenfalls nachgefragt. Eine bun-

desweite Vernetzung der Frauen- und Männergruppen untereinander ist im Aufbau. Zu diesem Zweck können die Gruppen auf der Internetseite des Bundesverbandes Gruppenprofile reins-tellen und bei Wunsch so mit anderen Gruppen in Kontakt kommen.

Parallel zu den Gruppenangeboten fanden **MultiplikatorInnentagungen** statt. Hier trafen sich Frauen und Männer, die ein Gruppenangebot vor Ort organisieren, erstmals zu Austausch- und Fortbildungszwecken zusammen. Die Frauen aufgrund der größeren Projektanzahl an drei regionalen Standpunkten, die Männer bundesweit an einem Ort. An den drei Austauschtreffen für die Gruppenleiterinnen nahmen jeweils 10 – 15 Fachfrauen teil. Zum bundesweiten Multipli-katorentreffen der Männer kamen ca. 20 Mitarbeiter. Die Gruppenleiterinnen aus dem Norden und Osten trafen sich somit in Räumlichkeiten der Leben mit Behinderung Hamburg-Zentrale in Hamburg. Die Frauen aus dem Westen trafen sich in einem Tagungshaus des SKF in Dort-mund. Die Jugendherberge Stuttgart diente als Tagungsort für die Gruppenleiterinnen aus dem Süden. Ein Schwerpunkt der Tagungen lag darauf, sich zunächst mit anderen über die Grup-penarbeit auszutauschen und erste Kontakte zu knüpfen. In einem zweiten Schritt wurden die Teilnehmerinnen bzw. Teilnehmer in einem speziellen Themenbereich fortgebildet. Hierzu wur-den externe ReferentInnen eingeladen.

Auf der **Nord-Ost Tagung** stand das Thema „Liebe, Partnerschaft, Sexualität bei Frauen mit Behinderung“ im Mittelpunkt. Beim **Treffen der Frauen aus dem Westen** ging es um das Thema „Wer bin ich, was kann ich?“ – also um die Förderung von Selbstwahrnehmung, Selbstwertgefühl und Selbstbewusstsein. Für die **Multiplikatorinnen aus dem Süden** stand das Thema „Selbstbestimmte Frau“ mit Aspekten wie z.B. Selbstbestimmung, Frau-sein und selbstbestimmte Sexualität auf dem Plan. Auch die Männer beschäftigten sich **beim bundes-weiten Treffen in Dortmund** mit der Frage, wie das Thema „Sexualität“ in die Gruppenarbeit mit Männern einfließen kann.

Neben den projektinternen Veranstaltungen fand **der offene Fachtag „Spuren finden – Pläne schmieden“** zum Thema Biografiearbeit und Zukunftsplanung im Kontext von Geschlecht und Behinderung statt. Fachkräfte erhielten vielfältige methodische Anregungen und Impulse, wie man Menschen mit Behinderung in der Erinnerung oder Planung des eigenen Lebens unter-stützen kann. Gleichzeitig sollten sie für die Unterschiede zwischen Frauen- und Männerbiogra-fien sensibilisiert werden. Am 3. November 2008 fand der Fachtag mit ca. 100 Teilnehmenden in Kassel statt. Die Tagungsdokumentation steht ebenfalls als Download zur Verfügung.

Mitte des Jahres erschien die erste Ausgabe der Projektzeitschrift „**Fritz & Frida**“. Diese ist in einen „weiblichen“, einen „männlichen“ und einen gemischten Teil untergliedert, um geschlech-terspezifische Themen zu transportieren und v.a. die Zielgruppe bewusst in ihrer Identität als Mann bzw. Frau anzusprechen. Außerdem informiert die Zeitschrift über den Ablauf des Pro-jektes, indem sie über Veranstaltungen und Gruppen und deren Aktivitäten berichtet. Die Zeit-schrift berücksichtigt die eingeschränkte Lese- und Verständnisschwierigkeiten. Konzeptionel-ler Bestandteil ist die Beteiligung von Frauen und Männer mit Behinderung, um eigene Erfah-rungen und Vorstellungen zu bestimmten Themen aus weiblicher oder männlicher Sicht öffent-lich zu machen. Passend zu dem Thema der Ausgabe Nr. 1 „Frauen und Männer – Der kleine Unterschied?!“ wurde ein Fragebogen mit 4 Fragen zum Mannsein/Frausein an Einrichtungen der Behindertenhilfe und an Einzelpersonen verschickt. Der Rücklauf von 200 ausgefüllten Bö-ge-n verschaffte ein breit gefächertes Bild, wie sich Frauen und Männer mit Behinderung erle-ben und wie sie über das andere Geschlecht denken. Das Heft wurde mit einer Auflage von 3.000 Heften gedruckt und im Juni 2008 an verschiedene Einrichtung der Behindertenhilfe so-wie Einzelpersonen verschickt.

Die nächste Ausgabe des Heftes ist für Januar 2009 geplant. Das Thema ist „Mein Leben! Was war, was ist, was wird

Über das Projekt und die Aktivitäten, die in seinem Rahmen geschehen, wird auf der **Projekt-homepage** online informiert. Hierzu richtete der Bundesverband auf seiner Internetseite

www.bvkm.de die Rubrik „Frauen und Männer“ ein. Der Inhalt der Rubrik umschließt allgemeine Informationen über das Projekt, aktuelle Ankündigungen, Flyer, die downgeloadet werden können, Dokumentationen und Fotos von Projektveranstaltungen sowie Onlineversionen des Heftes „Fritz und Frida“. Unter der Unterrubrik „Methoden und Materialien“ findet man außerdem Empfehlungen für niedrigschwellige, differenzierbare Materialien für die Gruppenarbeit mit Frauen oder Männern zu bestimmten Themen.

Neben der Weitergabe von Informationen erfüllt die Frauen-/Männerrubrik den Zweck einer Vernetzungsplattform. Frauen- und Männergruppen haben die Möglichkeit, ihr Profil mit ihren Kontaktdaten online zu stellen, um somit mit anderen Gruppen in Verbindung zu treten. Als weiteres ist ein ReferentInnenpool im Aufbau. Dies ist eine Such- und Angebotseite für ReferentInnen und andere Interessierte.

Behinderte Menschen im Alter

Vor dem Hintergrund einer wachsenden Zahl alt werdender und alt gewordener Menschen mit Behinderung haben die fünf Fachverbände mit Unterstützung der Software AG Stiftung gemeinsam mit einer Projektgruppe der Universität Münster das Forschungsprojekt „Den Ruhestand gestalten lernen“ durchgeführt. In diesem Projekt sollten „Modelle guter Praxis“ erkundet werden, um Menschen mit Behinderung zukünftig im Ruhestand und beim Übergang dorthin auf der Basis geeigneter Konzepte kompetent begleiten und ihnen attraktive Perspektiven eröffnen zu können. Hierfür wurden einschlägige Experten, zum einen 150 Mitarbeiter aus unterschiedlichen Einrichtungen der Behindertenhilfe, die bereits Erfahrungen mit dieser neuen Zielgruppe gesammelt haben, sowie 100 Menschen mit Behinderung, die sich bereits im Ruhestand oder in der Vorbereitung auf diese Lebensphase befinden, im Rahmen von sieben regionalen Workshops und sieben Tagungen befragt und an der Suche nach wegweisenden Lösungsansätzen beteiligt.

Auf der Basis gesammelter Erfahrungen, Ideen und Konzepte wurden Leitlinien für die Weiterentwicklung der Behindertenhilfe im Hinblick auf die Gestaltung des Ruhestandes formuliert. Leitlinien, die den Institutionen und Mitarbeitern sowie nicht zuletzt auch den älteren Menschen mit Behinderung Orientierungen bieten – für ihre Suche nach ihrem Weg, den Ruhestand zu gestalten. Abschließend wurden die Projektergebnisse zu Beginn des Jahres 2008 auf vier Symposien (in Bad Kreuznach, Münster, München, Berlin) vorgestellt. Die Münchner Veranstaltung wurde vom Bundesverband im ICP ausgerichtet. Es wurden hierdurch Diskussionen angestoßen, in welche Richtung sich die Behindertenhilfe angesichts der wachsenden Zahl von Menschen mit Behinderung weiter zu entwickeln hat.

Der Forschungsbericht steht auf der Internetseite der Universität Münster (www.egora.uni-muenster.de/ew/ruhestand/) zur Verfügung. Ein Praxishandbuch, das den Titel „Segel setzen – Aufbruch zum selbstbestimmten Ruhestand von Menschen mit Behinderung“ trägt, vermittelt Erfahrungen und gibt Anleitung für die Praxis. Es kann beim Bundesverband bestellt werden. Das Projekt konnte mit den Fachtagungen, dem Forschungsbericht und dem Praxishandbuch 2008 erfolgreich zu Ende gebracht werden. Der Bundesverband dankt zusammen mit den Fachverbänden der Software AG Stiftung für die Förderung und Begleitung und der Universität Münster für die erfolgreiche Durchführung des Projektes.

Clubs und Gruppen

Die **Bundesvertretung der Clubs und Gruppen** vertritt die im Bundesverband und seinen Mitgliedsorganisationen zusammengeschlossenen behinderten Kinder, Jugendlichen und (jungen) Erwachsenen. Die Arbeitsschwerpunkte kommen aus den unmittelbaren Erlebnis- und Lebenszusammenhängen der Clubs und Gruppen und deren angeschlossenen Mitglieder. Die Mitglieder der Bundesvertretung spiegeln diese Erfahrungen wider und setzen sich mit den Gegebenheiten auseinander. Die Bundesvertretung setzt sich dafür ein, die Belange und Interessen neuer Mitglieder in den Clubs stärker in den Vordergrund zu stellen. Die Ziele und

Schwerpunkte der Arbeit der Bundesvertretung unterteilen sich in die jedes Jahr wiederkehrenden klassischen Aufgaben:

- Vernetzung der Clubs und Gruppen durch regionale Treffen und Jahresversammlungen
- Broschüre „Bunter Faden“ als Sprachrohr der Clubs und Gruppen
- Ablösung vom Elternhaus im Rahmen der Emanzipation und Selbstbestimmung
- Bildungsveranstaltungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der Clubs und Gruppen
- Unterstützung der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen vor Ort
- Praxisberatung

Im Berichtszeitraum waren die Vernetzung der Clubs und die Gewinnung bzw. Aktivierung neuer Clubs und Einzelpersonen innerhalb und außerhalb des Bundesverbandes der Schwerpunkt der Bundesvertretung. Es galt, die Basis der Arbeit zu verbreitern, um dann mit einer tiefer gehenden Auseinandersetzung und Konzeptentwicklung zu beginnen.

Mit der **Praxisberatung** unterstützt der Bundesverband die unmittelbare Arbeit mit behinderten und nichtbehinderten Menschen in den Clubs und Gruppen. Die Praxisberatung ist abhängig von den regionalen Angeboten bzw. Gegebenheiten. Neben den klassischen Themen Finanzierung, Mitgliederverwaltung, Programmentwicklung sind die Leiter und Leiterinnen der Clubs und Gruppen sehr an neuen Elementen der Freizeitgestaltung interessiert. Besondere Aufmerksamkeit liegt hier auf der Vermittlung der Möglichkeiten der Erlebnispädagogik. Die Aufgabe der Vernetzung und des Erfahrungsaustausches, die durch die Beteiligung auch schwerstbehinderter Menschen u. U. sehr aufwendig ist, hat der Bundesverband übernommen.

Der „Bunte Faden“ ist eine kleine Broschüre für die Clubs und Gruppen. Sie enthält Informationen und Tipps für die Freizeitarbeit der Clubs und Gruppen. Vielfach wird die Broschüre auch zur Darstellung außergewöhnlicher Projekte genutzt. Diese Ideen können dann von anderen Gruppen aufgegriffen werden. **Das Internet** spielt bei der Vernetzung der Clubs und Gruppen für die überregionalen Kontakte eine immer größere Rolle. Mittels eines Seminars zum Thema „Information und Kommunikation im Internet“ konnten eine Vielzahl von Clubmitgliedern ihre Kenntnisse erweitern und vertiefen. Die Homepage wird regelmäßig aktualisiert und im Verlauf des Jahres neu strukturiert. Die Bundesvertretung hat ihren Internetauftritt an die neue Konzeption angepasst. Neue Texte, Bilder verbessern die Verlinkung zu unseren Clubs und Gruppen. Vereinfachte Zugänge und einfachere Sprache erleichtern den Zugang zu den relevanten Informationen.

Spezielle **individuelle Beratungsfelder im Bereich der Praxisberatung** konzentriert sich auf die Suche nach alternative Arbeitswelten, alternative Wohnwelten und alternative Lebenswelten

Aktivitäten und Veranstaltungen

Die Bundesvertretung beteiligte sich an den Vorbereitungen und Planung für die 50-Jahre-Jubiläumsfeier des Bundesverbandes. In zahlreichen Treffen und Meetings bekamen die Gruppen und Clubs die Möglichkeit, kreativ auf die Inhalte Einfluss zu nehmen. Kennzeichnend für den Personenkreis ist auch ein hoher Unterstützungsbedarf bei der Durchführung der Aktivitäten. Spezielle Fahrdienste und eine behindertengerechte Umgebung sind Eckpfeiler für die Durchführung von Jahresversammlungen, Seminaren und Freizeiten. Für die Vorbereitung des Jubiläums des Bundesverbands waren in dieser Beziehung besondere Organisationsstrukturen erforderlich.

Mit der **Jahresversammlung der Clubs und Gruppen** 2008 in Düsseldorf hatte das Motto „Filmfestival“. Es wurden drei Filme gezeigt, in denen Behinderungen eine große Rolle spielen. Es gibt den großen Wunsch und die berechnete Forderung, dass behinderte Menschen wirklichkeitsnah und paritätisch in Spielfilmen dargestellt werden. Behinderungen und chronische Krankheiten dienen als Katalysator für die Filmhandlung, zur Verstärkung eines Konflikts oder zur Zeichnung eines Charakters. Die Frage ist oft, wie authentisch die Bilder sind, die Spielfilm

und Fernsehfilm von behinderten Menschen zeichnen.

Es wurden folgende Filme gezeigt:

„**Wir können auch anders**“

„**Erbsen auf halb 6**“

„**Inside I'm dancing**“

Unter dem Titel „Ganz normal verschieden“ wurden im Rahmen des kleinen Filmfestivals in Düsseldorf, z.B. in der „Black Box“, einem Kino mit angrenzendem Filmmuseum, nichtalltägliche Filme gezeigt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutieren über behinderte Menschen im Film und reflektierten über die vielfältigen Vorbildfunktionen für behinderte und nichtbehinderte Menschen. Gleichzeitig konnte verdeutlicht werden, dass die Filme auch in der regionalen Arbeit der Clubs und Gruppen eingesetzt werden können. Einige Clubs und Gruppen setzen inzwischen Filme erfolgreich in ihrer Programmgestaltung ein.

„**Fit für die Partnerschaft**“

Während des Seminars in Berlin-Mitte fand die Auseinandersetzung mit der Frage statt, wie und mit wem man zusammen leben möchte?

Folgende Fragen standen im Mittelpunkt des Interesses:

Kontakte und Beziehungen knüpfen

Orte und Möglichkeiten des Kennenlernens

Was macht eine Beziehung aus?

Wie kann ich meine Schüchternheit überwinden?

Traum von der perfekten Symbiose

Die Teilnehmer sind sehr nachdenklich und mit vielen Aufgaben nach Hause gefahren. Partnerschaft heißt auch, für sich und andere Verantwortung zu übernehmen. Den Seminarteilnehmern ist bewusst geworden, dass man erst seine Hausaufgaben machen muss, bevor man auf einen Partner zugeht. Das Seminar hat dazu vielfältige Anregungen gegeben.

Seminar Internet „KOMMUNIKATION OHNE BARRIEREN“

Auch 2008 fand mit Hilfe und in Zusammenarbeit mit der Firma HP ein Seminar in Bad Homburg statt. Inhalt und Ziel war eine Vertiefung der vielfältigen Möglichkeiten der Informationssuche und Informationsvermittlung. Fortgeschrittene Internetnutzer sollten die Möglichkeiten erhalten, ihre Kenntnisse zu vertiefen und zu erweitern. Die fachliche Leitung übernahm Herr Neps, Trainer von HP.

Barrierefreies Surfen und Kommunizieren wurden thematisiert und veranschaulicht, es wurde aber auch auf die Gefahren und Risiken hingewiesen. Schwerpunkt des Seminars war der verantwortungsvolle Umgang mit den digitalen Medien. Standen in der Vergangenheit die Informationssuche und Informationsvermittlung im Vordergrund, so spielen heute neben den Chats und Communities, die sich auf die Interessen und Hobbys der Nutzer spezialisiert haben, eine wichtige Rolle. Diese neuen Kontaktbörsen sind interessenorientiert und werden auch bei behinderten Menschen immer beliebter.

Nordlichtertreffen 2008

Auf der Suche nach den eigenen Schätzen haben beschäftigten sich die Clubs in Celle, Oldenburg, Hamburg und Göttingen alternativen Clubangeboten. Im Mittelpunkt standen hier künstlerische Ideen. Mit Farben und Kugeln in einem Karton bzw. mit Knetmasse konnte jeder seiner Kreativität freien Lauf lassen.

Klettergarten 2008

Das Kletterseminar fand im August im Hochseilgarten bei Heidelberg statt. Die Erlebnispädagogik im Klettergarten verfolgt folgende Ziele:

- Selbstvertrauen gewinnen durch Erfolgserlebnisse in neuartigen Situationen,
- Erfahrung gewinnen durch direktes und intensives Erlebnis-Lernen an kleinen Abenteuern in der Natur,

- alle Sinne schärfen und die Entwicklung von Körpergefühl und Lebensfreude am eigenen Körper hellwach erleben,
- sich vom Erleben berühren lassen, Erfahrung gewinnen und Lernen durch Wahrnehmung mit Herz, Hand und Verstand,
- Eigeninitiative und Selbstvertrauen stärken, Persönlichkeit entwickeln, Kooperation üben, Verantwortung übernehmen, Leistungsbereitschaft und Ausdauer fördern.

Videodreh in Hamburg: „Wir drehen durch“

Die Eigeninitiative und Kreativität stand im Mittelpunkt der Programmgestaltung für den Videodreh. Diese Eigenschaften gilt es bei den behinderten und nichtbehinderten Clubmitgliedern wieder zu wecken. Dabei spielen nicht nur die digitalen Medien im Rahmen der Bildungsangebote eine Rolle. Reale Erlebniswelten sollten dem gegenüberstehen. Theaterelemente und die Nutzung der digitalen Videoelemente sind neue Wegbereiter für die Freizeitprogramme der Clubs und Gruppen. Dieses Angebot hebt sich ab von den Klassikern Kino, Kegeln und Grillen.

VII. Sport für Menschen mit cerebralen Bewegungsstörungen

Der BVKM hat auch im Jahre 2008 seine Bemühungen um die Teilhabe von Menschen mit Cerebralparese am Freizeit- und Wettkampfsport in Schulen, Vereinen und anderen Einrichtungen fortgesetzt. Ein Schwerpunkt lag in der Weiterentwicklung von sportlichen Angeboten für Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf.

Im September 2008 fanden die 5. Deutschen Boccia-Meisterschaften in Markgröningen statt. Sie wurden nach den international geltenden Regeln der CPISRA durchgeführt. Boccia bietet vor allem Menschen mit cerebralen Bewegungsstörungen die Möglichkeit, sich sportlich zu betätigen und an Wettkämpfen teilzunehmen. Nicht Kraft oder Ausdauer stehen im Mittelpunkt, sondern Konzentration, Hand-Augen-Koordination und ein großes Maß an Taktik. Im Behindertensport wird Boccia mit speziellen Bällen gespielt, die für Spielerinnen und Spieler mit Cerebralparese entwickelt worden sind. Es kann mit der Hand oder mit dem Fuß gespielt werden. Boccia ermöglicht es insbesondere Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf, an nationalen und internationalen Wettkämpfen teilzunehmen.

Einen Beitrag zur Öffentlichkeitsarbeit stellen die Präsentationen der Sportgruppe der Wilhelmshavener Kinderhilfe im Rahmen des Sportcenters bei der REHACARE in Düsseldorf dar. Im Jahre 2008 präsentierten Sportler mit Cerebralparese Dreiradrennen als paralympische Sportart. Eine weitere Präsentation galt dem Sport in heterogen zusammengesetzten Gruppen.

Bei der Konzeption und Durchführung der genannten Maßnahmen wurde der Bundesverband vom Fachausschuss Sport beraten und unterstützt. Ihm gehören Expertinnen und Experten aus den für den Sport mit behinderten Menschen relevanten Fachdisziplinen an.

Seit seiner Mitgliedschaft im Deutschen Rollstuhl-Sportverband (DRS) bildet der BVKM die AG Boccia im DRS. Seitdem wird Boccia in Deutschland kontinuierlich weiterentwickelt. Aus den erfolgreichen Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Deutschen Boccia-Meisterschaften wurde ein Nationalteam gegründet, das von Jürgen Erdmann-Feix (Bad Kreuznach) als Cheftrainer betreut wird. Das Team hat im November 2008 erstmals an einem internationalen Wettkampf teilgenommen, der in Österreich stattgefunden hat. Dem Training dienen Leistungslehrgänge, die vom DBS finanziert werden. In Zusammenarbeit mit DRS und DBS wird sich der Bundesverband auch weiterhin für die Förderung der Teilhabe von Menschen Cerebralparese am Freizeit- und Wettkampfsport einsetzen.

Bildungsarbeit

Der Bundesverband für hat im Jahre 2008 zahlreiche Fort- und Weiterbildungen durchgeführt, die sich an Menschen mit Behinderungen, Eltern behinderter Kinder sowie an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Organisationen und Einrichtungen der Behindertenhilfe richteten. Folgende Themenbereiche standen dabei im Vordergrund:

- Fortbildungen für Werkstattträte und ihre Vertrauenspersonen
- Fortbildungen für Heimbeiräte
- Angebote für unterstützt kommunizierende Menschen sowie für Eltern von nicht- oder kaum sprechenden Kindern
- Sport
- Umgang mit Sterben und Tod in Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen

Ziel der Fortbildungen war es, Erkenntnisse, Anregungen und Impulse für die Arbeit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu vermitteln. Neben der Arbeit an themenbezogenen Fragestellungen hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Gelegenheit, sich über Erfahrungen aus ihren Arbeitsbereichen auszutauschen.

Das zentrale Veranstaltungsangebot des BVKM betrifft nicht immer alle Fragen und Themen, die dem aktuellen Bedarf seiner Mitglieder entsprechen. Darüber hinaus ist es für Familien mit behinderten Kindern in der Regel mit einem erheblichen Aufwand verbunden, an einem von ihrem Wohnort mehr oder weniger weit entfernten Seminar teilzunehmen. Deshalb hat der BVKM mit „**Bestellseminaren**“ ein Angebot entwickelt, das speziell auf das aktuelle Anforderungsprofil seiner Vereine und ihrer Mitglieder abgestimmt ist. Ziele, Inhalte und organisatorische Rahmenbedingungen dieser Seminare werden dabei durch den Verein als Auftraggeber bestimmt. Für das zielorientierte Konzept, die Organisation und die Umsetzung ist der BVKM als Auftragnehmer verantwortlich. Er entwickelt gemeinsam mit dem Verein ein **bedarfsgerechtes** Angebot. Er berät und unterstützt diesen insbesondere bei der Auswahl geeigneter Referentinnen und Referenten, bei der Programmgestaltung, bei Text und Layout der Einladung, bei organisatorischen Fragen und bei der Finanzierung. Der Verein entscheidet selbst, in welchem Umfang und zu welchen Fragen er die Beratungs- und Unterstützungsleistungen des Bundesverbandes in Anspruch nehmen will.

Die **Fortbildungen für Werkstattträte** und ihre Vertrauenspersonen bestanden aus einem Grundseminar, eine Aufbau-seminar unter dem Titel „Mittwirken - gestalten – entscheiden“ und dem Seminar „Unterstützen ja - bevormunden nein!“, das sich an Vertrauensleute richtete. Im November 2008 wurde erneut ein gemeinsames Seminar für Vorsitzende, Vertrauenspersonen und Schreibkräfte von Werkstattträten durchgeführt. Es stand unter dem Thema „Arbeitsteilung im Werkstatttrat - Zusammenarbeit bei Sitzungen und im Büro

Auch **Fortbildungen für Heimbeiräte** ist mittlerweile ein fester Bestandteil der Bildungsarbeit des Bundesverbandes. Auch gliedern sich die Bildungsangebote in Grund und Aufbau-seminare. Die Inhalte der beiden Seminare wurden durch kurze Impulsreferate, den Informations- und Erfahrungsaustausch im Plenum und in kleinen Gruppen und Rollenspiele erarbeitet. Darüber hinaus erhielten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ausführliche schriftliche Materialien in leichter Sprache zu den in den Seminaren besprochenen Themen.

Angebote für unterstützt kommunizierende Menschen sowie Eltern von nicht- oder kaum sprechenden Kindern

Menschen mit Behinderung, die zur Kommunikation elektronische oder nichtelektronische Hilfen benutzen, kamen am Pfingstwochenende in Köln zum Jahrestreffen unterstützt kommunizierender Menschen zusammen. Es stand wie immer unter dem Motto „Auch wer nicht sprechen kann hat viel zu sagen!“ Gemeinsam mit privaten und beruflichen Bezugspersonen nutzten sie das Treffen zur zwanglosen Begegnung und zum Informations- und Erfahrungsaus-

tausch.. Angeboten wurden Workshops, die Kreativität und Phantasie anregen und Gesprächsgruppen zu ausgewählten Themen.

Unterstützt sprechende Menschen haben als Expertinnen und Experten in eigener Sache eine unersetzliche Funktion bei Fortbildungen und in der Beratung. Bei Ausbildungsseminaren und bei Fortbildungsangeboten für andere unterstützt sprechende Menschen und ihre Bezugspersonen wirken sie als Moderatorinnen und Moderatoren mit und übernehmen die Vermittlung von Lehrinhalten. Unter dem Motto „Als Profis in eigener Sache“ hat der BVKM im Jahre 2003 mit einer Schulungsmaßnahme begonnen, die zum Ziel hatte, unterstützt sprechende Menschen für die genannten Aufgaben zu qualifizieren. Ein Seminar vom 4. – 6. April 2008 bildete den Abschluss der Maßnahme.

Eltern nicht oder kaum sprechender Kinder haben vom 5. - 6. September 2008 an einem Seminar teilgenommen, das der BVKM in Kooperation mit dem Verein LEBEN MIT BEHINDERUNG HAMBURG durchgeführt hat. Das Seminar wurde von Fachkräften geleitet, die über langjährige Erfahrungen auf dem Gebiet der Unterstützten Kommunikation verfügen. Im Verlauf des Seminars hatten Eltern Gelegenheit, miteinander und mit den Fachkräften Erfahrungen und Informationen auszutauschen

Sport

„Musik - Bewegung - Rollstuhltanz für Menschen mit Körperbehinderung“ war Thema eines Seminars vom 5. - 6. April 2008. „Sport und Bewegungsförderung in heterogenen Gruppen“ vom 16. - 18. Mai 2008 wurden theoriegeleitet neben speziellen Sportarten auch Variationen bekannter Spiele vorgestellt, die den Anspruch einer chancengleichen Teilnahme trotz unterschiedlicher Voraussetzungen erfüllen. Als ein weiterer Teilbereich einer umfassenden Bewegungsförderung wurden Inhalte aus der Psychomotorik thematisiert. Das Seminar richtete sich an haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Einrichtungen und Organisationen.

Umgang mit Sterben und Tod in Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen

An Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Einrichtungen und Organisationen, die mit behinderten Menschen arbeiten, richtete sich das Seminar „Abschied nehmen - Teil eines gelingenden Lebens“ vom 7. - 9. April 2008 in der Katholischen Akademie Schwerte. Die Betreuung und Begleitung von schwerkranken, sterbenden oder trauernden Menschen und ihren Angehörigen stellt in vielfacher Hinsicht eine besondere Aufgabe dar. Ziel der Fortbildung war es, sowohl die persönliche Auseinandersetzung mit der Thematik anzuregen und zu fördern als auch Möglichkeiten des Lebensbeistandes und der Sterbebegleitung im Berufsalltag der Teilnehmerinnen und Teilnehmer aufzuzeigen, um so gemeinsam mit und im Sinne von Menschen mit Behinderungen gute Wege im Umgang mit Sterben, Tod und Trauer zu finden. Die Durchführung des Seminars erfolgte in Kooperation mit der Deutschen Kinderhospizakademie.

Das Fortbildungsangebot des BVKM stieß im Jahre 2008 auf großes Interesse. In Einzelfällen mussten Wartelisten geführt werden. Die mit den jeweiligen Seminaren verbundenen Ziele wurden erreicht. Die Fortbildungen wurden von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern sowohl unter inhaltlichen als auch unter organisatorischen Gesichtspunkten gut bewertet.

IX. Arbeit für Menschen mit Behinderung

Im November 2007 stellte die 84. Arbeits- und Sozialministerkonferenz fest, dass trotz des durch das SGB IX eingeleiteten Paradigmenwechsels das derzeitige Instrumentarium nicht ausreichend ist, um auch für behinderte Menschen eine vorrangige Teilhabe am Arbeitsleben auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Der BVKM teilt diese Auffassung. Behinderte Menschen profitieren nicht in gleichem Umfang von positiven Entwicklungen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt wie nicht behinderte Menschen. Viele von denjenigen, die in Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) arbeiten, könnten mit entsprechender Förderung in gleicher

Weise wie Menschen ohne Behinderungen einer Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt nachgehen. Eine besondere Bedeutung kommt dabei der Schnittstelle „Übergang Schule – Beruf“ zu. Ziel muss sein, bereits frühzeitig dem jetzigen Automatismus eines Wechsels aus der Förderschule in die Werkstatt für behinderte Menschen durch geeignete Regelungen und Maßnahmen entgegenzuwirken.

Der BVKM setzt sich im politischen Bereich und in Zusammenwirken mit Verbänden ähnlicher Zielrichtung für die Weiterentwicklung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Arbeitsleben und für die Verbesserung der Situation von Menschen mit Behinderungen, die in einer WfbM arbeiten, ein. In seinen Bemühungen um die Verbesserung der Situation von Menschen mit Behinderungen, die in Werkstätten arbeiten, wurde der BVKM auch im Jahr 2008 durch den Arbeitskreis „Werkstätten für behinderte Menschen“ fachlich begleitet und unterstützt.

Der Bundesverband ist seit September 2008 an der Konzeption von Arbeitsmaterialien und Fortbildungen beteiligt, die darauf gerichtet sind, Werkstattträten Hilfen an die Hand zu geben, die es ihnen ermöglichen, ihr Mitwirkungsrecht nach § 5 Absatz 1 Punkt 3a der Werkstätten-Mitwirkungsverordnung auszuüben: „Darstellung und Verwendung des Arbeitsergebnisses, insbesondere Höhe der Grund- und der Steigerungsbeträge, unter Darlegung der dafür maßgeblichen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse“.

Der BVKM wird sich auch weiterhin für politische Maßnahmen und gesetzliche Regelungen einsetzen, die die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Arbeitsleben fördern und eine Weiterentwicklung der Werkstätten ermöglichen.

X. Öffentlichkeitsarbeit und Publikationen

Als Dach- und Fachverband, als Selbsthilfeorganisation und sozialpolitische Interessensvertretung ist die Öffentlichkeitsarbeit für Menschen mit Behinderung sowie deren Familien ein wichtiges Arbeitsfeld im Bundesverband. Wir wollen einerseits ein Bild von Behinderung vermitteln, das die Notwendigkeit von Unterstützung durch die Gesellschaft deutlich macht; andererseits aber auch das Recht von Menschen mit Behinderung auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit hervorheben. Ziele der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesverbandes sind:

- Menschen mit Behinderung über die sie betreffenden Angelegenheiten zu informieren und Kontakte herzustellen,
- die Öffentlichkeit über die Lebenssituation behinderter Menschen und Familien mit behinderten Kindern aufzuklären und für ihre Lebenswelten zu sensibilisieren,
- durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit positiven Einfluss auf das Zusammenleben von behinderten und nichtbehinderten Menschen in unserer Gesellschaft zu nehmen.

Im Jahr 2008 standen verschiedene Themen im Fokus der Öffentlichkeitsarbeit:

Schreibwettbewerb „Glück kann man teilen. Sorgen auch. – Unser Familientagebuch.“

Einen Schwerpunkt bildete die Kommunikation rund um den Wettbewerb „Glück kann man teilen. Sorgen auch“ gemeinsam mit der Initiative „dieGesellschafter“ der Aktion Mensch. Der Wettbewerb lud Familien mit behinderten Angehörigen ein, über ihren Alltag, ihre Wünsche, Träume, aber auch Tiefen und Sorgen zu berichten. Mit der Veröffentlichung von Textauschnitten in Form eines Kalenders für das Jahr 2009 zielte der bvkm darauf ab, Alltägliches, Besonderes, Gedanken und Wünsche von Mitgliedern einer Familie, in der Menschen mit Behinderungen leben, der Öffentlichkeit auf niedrigschwellige, positive Art und Weise zugänglich zu machen.

Selbsthilfepreis

Der Bundesverband schrieb im Jahr 2008 zum zweiten Mal den Selbsthilfepreis aus, der im Rahmen der 50-Jahr-Feierlichkeiten im Mai 2009 in Berlin vergeben werden soll. Damit werden Initiativen und Aktivitäten ausgezeichnet, die beispielgebend und anregend sind für die Selbst-

vertretung und Selbsthilfe behinderter Menschen und von Familien mit behinderten Kindern. Der Bundesverband möchte so das ehrenamtliche Engagement fördern, gute Praxisbeispiele aufzeigen und anderen Mut machen, für die eigene Sache aktiv zu werden. Angesprochen sind Gruppen, Initiativen und Vereine mit Projekten, bei denen die gegenseitige Hilfe, Beratung und Unterstützung sowie das gemeinschaftliche Handeln im Vordergrund stehen. Ende 2008 wurde bereits eine unabhängige Jury organisiert, welche die drei Projekte auszeichnen wird. Zum 50-jährigen Jubiläum des BVKM am 30. April 2009 wird die Bundesbeauftragte für die Belange behinderter Menschen, Karin Evers-Meyer, den Preis in Berlin übergeben.

Namensänderung

Zum Ende des Jahres 2008 änderte der Bundesverband für Körper- und Mehrfachbehinderte e.V. seinen Namen in Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen e.V. (bvkm). Um den neuen Namen zum Jahresbeginn 2009 zu kommunizieren und die bvkm-Materialien (Flyer und Broschüren) in neuem Layout erscheinen zu lassen, wurden im Jahr 2008 viele Vorbereitungen getroffen.

Norderstedter Erklärung

Der Bundesverband verabschiedete auf seiner Mitgliedsversammlung im Herbst 2008 in Norderstedt eine Erklärung, die das Ziel verfolgt, Eltern behinderter Kinder und Angehörige von pflegebedürftigen Menschen von überflüssigen bürokratischen Abläufen zu entlasten. Gefordert werden verbesserte Informations- und Serviceangebote, Behördenschreiben in verständlicher Sprache und Entschädigungen, wenn gesetzliche Fristen nicht eingehalten werden. Diese wurde mit einer Meldung bekannt gemacht und von verschiedenen Medien aufgegriffen, sowohl von Fachzeitschriften als auch von Betreibern fachbezogener Internetseiten.

Rußpartikelfilter-Nachrüstung: Menschen mit Behinderung erhalten auch 2008 bis zu 330 Euro Rabatt

Das Ende 2007 ausgelaufene Rabattabkommen zwischen A.T.U und dem Bundesverband wurde um ein Jahr verlängert. Auch in 2008 erhielten damit alle schwerbehinderten Menschen, die ihr Dieselfahrzeug in einer A.T.U-Filiale umrüsten, einen Kostenerlass von bis zu 330 Euro. Die Aktion wurde in Kooperation mit der Twintec AG, einem der führenden Anbieter von umweltfreundlichen Produkten zur Abgasminderung, durchgeführt und auch im Jahr 2008 publik gemacht.

REHA-Care

Der Bundesverband beteiligte sich im Oktober 2008 an der REHA-Care in Düsseldorf. Der Messestand, auf dem u.a. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des bvkm für Beratungsfragen, etc. zur Verfügung standen, lockte zahlreiche Besucher/innen an. Auch präsentierte sich der Eigenverlag des bvkm mit seinem Verlagsprogramm und weiteren Publikationen. Der Stand war gut besucht, neue Fördermitglieder konnten gewonnen werden.

Rundschreiben „bvkm-aktuell“

Das Rundschreiben „bvkm-aktuell“ erscheint alle zwei Monate und wendet sich an die leitenden ehren- und hauptamtlichen Mitarbeiter/innen aus den Mitgliedsorganisationen, Einrichtungen und Landesverbänden. Auf rund 30 Seiten finden die Entscheidungsträger aktuelle und umfassende Hinweise auf sozialpolitische Entwicklungen, auf Fort- und Weiterbildungsangebote und Praktisches, Wissenswertes und Hilfreiches für die Arbeit vor Ort. Ein umfangreicher Pressepiegel informiert die einzelnen Mitgliedsorganisationen und Einrichtungen über die Arbeit der übrigen Verbandsmitglieder. Dadurch können viele Anregungen und nachahmenswerte Ideen vermittelt werden. Im Mittelpunkt steht der Servicecharakter für die Organisationen. Das Rundschreiben ist auch im Internet als PDF-Datei zum Lesen und Herunterladen zu finden. Im Internet-Archiv (Geschützten Bereich) stehen auch ältere Ausgaben als Download zur Verfügung.

Broschüren und Informationsmaterial

Den Servicebroschüren des Bundesverbandes kommt innerhalb der Öffentlichkeitsarbeit ein besonderer Stellenwert zu. Viele Eltern, Betroffene und Fachleute greifen auf diese Informatio-

nen zurück. Der Bundesverband ist bestrebt, die Broschüren ständig auf den neuesten Stand zu bringen und aktuelle Fakten und Informationen einzubeziehen.

Die Aktualisierung bzw. Neuauflage der Broschüren „Steuermerkblatt“, „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII“ und des Verlagsprogramms wurde 2008 intensiv begleitet und kommuniziert. Ebenso die Neuauflage des Versicherungsmerkblattes, das der Bundesverband in Zusammenarbeit mit dem UNION Versicherungsdienst für Menschen mit Behinderungen und deren Angehörige entwickelt hat. Die Broschüre gibt einerseits einen umfassenden Überblick über die relevanten Versicherungssparten und verschiedenen Versicherungsprodukte und geht andererseits ausführlich auf Besonderheiten für Menschen mit Behinderungen ein. Völlig überarbeitet und neu konzipiert wurde die Broschüre „Aufgaben und Ziele“. In ihr wird das Leitbild des Bundesverbandes für Körper- und Mehrfachbehinderte e. V. und seine Arbeit beschrieben. Diese Broschüre wurde veröffentlicht und trägt den Titel „Gemeinsam stark mit Behinderung“.

www.bvkm.de

Die Internetseite des Bundesverbandes www.bvkm.de wird sehr häufig und vielfach genutzt. Am meisten besucht wird der Bereich Recht, daneben der Verlag, die verschiedenen Downloadbereiche sowie die Rubrik Ortsvereine. Die Rückmeldungen in Bezug auf die Übersichtlichkeit, die Struktur und das Informationsangebot sind insgesamt sehr positiv. Inzwischen ist der barrierefreie Internetauftritt des Bundesverbandes einer der wichtigsten (Erst-)Informationsquellen für Mitglieder, Mitgliedsorganisationen und Menschen, die sich z. B. über Strukturen und Arbeitsgebiete des Bundesverbandes informieren oder sich über rechtliche Fragen rund um das Thema Behinderung einen Überblick verschaffen möchten. Ergeben sich Fragen, können sich Besucher/innen über ein Kontaktformular an den Bundesverband wenden. Diese Fragen werden durch telefonische, persönliche und/oder schriftliche Beratung und Kontaktaufnahme weiterverfolgt. Im Internet-Forum gibt es Möglichkeiten zum Austausch über persönliche und sachliche Fragen. Mitglieder haben über ein Passwort die Möglichkeit, einen geschützten Bereich zu nutzen. Dort finden sie interne Informationen wie z. B. Vorlagen für das Formulieren von Pressemeldungen etc.

Inzwischen sind die meisten wichtigen Broschüren des Bundesverbandes zum Download auf die bvkm.de Internetseite eingestellt. Einige Materialien sind ausschließlich über das Internet zu beziehen, z. B. das „Klinikverzeichnis“ oder das „Ferienverzeichnis“. Wem diese Technik nicht zur Verfügung steht, erhält nach wie vor selbstverständlich einen Ausdruck per Post. Als Download stehen u.a. zur Verfügung: das Steuermerkblatt, das Verlagsverzeichnis, der Veranstaltungskalender, die Broschüre „Mein Kind ist behindert – diese Hilfen gibt es“ (Downloads bis zu 1.000-mal wöchentlich). Die Einrichtung des Warenkorb für Verlagserzeugnisse hat sich bewährt. Dieser Service wird gerne und häufig für Bestellungen genutzt.

verlag selbstbestimmtes leben

Der „verlag selbstbestimmtes leben“ vergrößert jedes Jahr kontinuierlich sein Sortiment. Inzwischen liegen über 75 Veröffentlichungen vor, die Eltern behinderter Kinder, Menschen mit Behinderung und Fachkräfte in unterschiedlichsten (Lebens-) Bereichen unterstützen. Es gibt verschiedene Serien: Die Serie „Kinder mit cerebralen Bewegungsstörungen“ dient als Erstinformation und Orientierungshilfe für Eltern behinderter Kinder und Interessierte, die sich in dieses Gebiet einlesen möchten. Die Fachbücher (weiße und blaue Serie) steigen tiefer in die Materialien ein und behandeln Themen rund um das Thema Behinderung wie z. B. den Bereich Pflege, Unterstützte Kommunikation, Förderung und Therapie, Leben – Wohnen – Arbeiten oder Pränataldiagnostik und Ethik. Darüber hinaus bietet der Verlag eine Reihe von (Rechts-) Ratgebern an. Alle Veröffentlichungen sind verständlich geschrieben, so dass sie in der Regel auch von Nichtfachleuten nachvollziehbar sind und/oder auch von benachbarten Berufsgruppen die fachbezogenen Themen und Fachbücher verstanden werden können.

Im Jahr 2008 wurden gedruckt:

Nicola J. Maier-Michalitsch (Hrsg.): Leben pur – Schlaf bei Menschen mit schweren und mehrfachen Behinderungen

Deutscher Kinderhospizverein (Hrsg.): Begleiten, Abschiednehmen, Trauern. Kinder mit lebensverkürzender Erkrankung.

**Fachausschuss Konduktive Förderung (Hrsg.) Konduktive Förderung
Integration Konduktiver Förderung in das Rehabilitations- und Bildungssystem für Menschen mit Behinderung in Deutschland**

Andreas Fröhlich, Angela Simon: Gemeinsamkeiten entdecken – Mit schwerbehinderten Kindern kommunizieren – Neuauflage

Kinder mit cerebralen Bewegungsstörungen – Unterstützte Kommunikation - Nachdruck

In der Planung für 2009 sind:

Nicola J. Maier-Michalitsch (Hrsg.): Leben pur – Schmerz bei Menschen mit schweren und mehrfachen Behinderungen

Neuauflage der Broschüren Kinder mit cerebralen Bewegungsstörungen I und II

XI. Zeitschriften DAS BAND

Die Zeitschrift DAS BAND ist ein zentrales Bindeglied zwischen dem Bundesverband und seinen Mitgliedern. DAS BAND in seinem Selbstverständnis als Mischung aus Elternzeitschrift, Forum und Betroffenenmagazin verbindet, informiert, stärkt und greift wichtige Themen auf, die in der allgemeinen Diskussion stehen oder für Menschen mit Behinderung von besonderer Bedeutung sind. Ziel der Zeitschrift ist es u. a., Eltern und Betroffene über diese Diskussionen, Entwicklungen, Tendenzen und wissenschaftlichen Erkenntnisse umfassend zu informieren und auf diese Weise ihre Kompetenzen zu stärken.

Fest etabliert hat sich die Erscheinungsweise von sechs Ausgaben pro Jahr. Der Umfang der Hefte belief sich 2008 auf jeweils 32 Seiten plus vier zusätzliche Seiten mit der Rubrik „Nah dran“, die in der Heftmitte platziert ist. Bewährt hat sich die Praxis, einzelnen Titelthemen bei Bedarf mehr Raum geben zu können, indem ca. zweimal pro Jahr eine Aufstockung der Gesamtseitenzahl auf 40 Seiten möglich ist. Zusätzlich wurde Anfang 2008 ein neues Angebot für die Leserinnen und Leser von DAS BAND installiert: Die Möglichkeit, zusätzlich zur Zeitschrift DAS BAND den Beihefter Kompakt zu abonnieren (bisher nur der Leserinnen und Leser der Kooperationszeitschrift „zusammen.“ zugänglich). Auf 24 Seiten zusammengestellte kompakte Hintergrundinformationen, praktische Anregungen und Tipps zu den Themen der Zeitschrift DAS BAND. Erscheinungsweise: 6 x jährlich. Zum Kennenlernen wurde der gesamten BAND-Auflage im April und Juni jeweils ein Exemplar des Beihefters Kompakt beigelegt. Die Kooperationszeitschrift *zusammen.*, herausgegeben vom E. Friedrich Verlag in Velber, ist zum 31. Dezember 2008 eingestellt worden. Damit entfällt ab 2009 auch das Zusatzangebot „Kompakt“.

Zu den nach wie vor wichtigsten Merkmalen von DAS BAND gehört die Zusammenstellung eines Themenschwerpunktes. Die Redaktion hat sich auch 2008 bemüht, durch die Auswahl der sechs Jahresschwerpunkte eine möglichst große Bandbreite der Lebenswelten und Lebensabschnitte behinderter Menschen darzustellen. Folgende Themen wurden im Jahr 2008 für die Leserinnen und Leser aufbereitet: „Großeltern“ (1/2008), „Liebe leben“ (2/2008), „Zukunft schenken. Pflegekinder“ (3/2008), „Spieglein, Spieglein, an der Wand ... Schönheit“ (4/2008), „Augen zu und durch! Pubertät“ (5/2008) und „Hier arbeite ICH!“ (6/2008).

Auf besonderes Interesse stießen vor allem die Themenhefte „Liebe leben“ und „Hier arbeite ICH!“. Das Themenheft „Liebe leben“ befasste sich reflektierend mit dem Thema „Sexualität und Behinderung“, sinnvoll ergänzt durch das Beiheft Kompakt mit vielen Materialien in leichter Sprache und Kopiervorlagen für Gruppenarbeit oder Elternarbeit.

Die Redaktion hat es sich zum Ziel gesetzt, das Thema „Arbeit“ in einem regelmäßigen Abstand aufzubereiten und zu reflektieren, um aktuelle Entwicklungen zu erfassen und den Leserinnen und Lesern zu präsentieren. In unserer 2008-er Ausgabe „Hier arbeite ICH!“ informierte eine Vielzahl an Texten über neue Arbeitsformen, Möglichkeiten der Unterstützten Beschäftigung, diverse Projekte und Angebote.

Umfassendes Hintergrundmaterial (Literaturtipps, Adressen, Finanzierungswege, Beratungsstellen) gab den Leserinnen und Lesern von DAS BAND die Möglichkeit, sich einen Überblick über Beratungsangebote, etc. zu verschaffen.

Zu den wichtigen und als sehr positiv wahrgenommenen Serviceleistungen der Zeitschrift zählte auch 2008 die Veröffentlichung diverser Ratgeberbroschüren des Bundesverbandes bzw. die regelmäßige Erläuterung rechtlicher und sozialpolitischer Sachverhalte. Zu den „Klassikern“ unter den Ratgebern in DAS BAND gehört die jährliche Veröffentlichung des aktualisierten und überarbeiteten Steuermerkblattes für Familien mit behinderten Kindern. Nach wie vor wichtig ist für die Leserinnen und Leser die Rubrik „Termine und Kontakte“. Die Vielzahl an Klein- und (Partnerschafts-)Kontaktanzeigen macht deutlich, wie wichtig es ist, auch diesen Dingen einen redaktionellen Platz einzuräumen.

Ende 2008 wurde nach 13 Jahren die Kooperation zwischen dem Bundesverband und dem E. Fridrich Verlag beendet, da die Herausgabe der Zeitschrift **zusammen:** eingestellt wurde. Die Leserinnen und Leser von **zusammen:** erhielten die Möglichkeit, ab 2009 DAS BAND zu abonnieren, um nicht auf die gewohnten Informationsmöglichkeiten verzichten zu müssen. Die technische Abwicklung (Satz, Grafik, Gestaltung) findet weiterhin im Friedrich Verlag statt. Als neue Druckerei konnte die reha GmbH Saarbrücken gewonnen werden. Dort finden ab 2009 Druck und Versand statt.

XII. Aktion Mensch und mehr

Die Aktion Mensch hat sich in den letzten Jahren immer mehr zu einem der wichtigsten Partner in der Arbeit des Bundesverbandes für seine Mitgliedsorganisationen entwickelt. Daher nimmt die Zusammenarbeit mit der Aktion Mensch einen breiten Raum in der täglichen Arbeit ein. Dabei teilen sich die Aufgaben des Bundesverbandes in zwei Bereiche: Die Mitwirkung in den unterschiedlichen Gremien der Aktion Mensch einerseits und die Beratung und Antragsbearbeitung für die Mitgliedsorganisationen des Bundesverbandes andererseits.

Der Bundesverband ist in den Gremien der Aktion Mensch vertreten und wirkt sowohl an den Förderentscheidungen als auch an den Weiterentwicklungen der Förderpolitik mit. Bei der Weiterentwicklung der Förderung stand in 2008 die Überarbeitung der Richtlinien und die Anpassung von Antrag- und Fördervolumen im Vordergrund. Die Nachfrage nach Zuschüssen der Aktion Mensch steigt unvermindert weiter an. Die Mehrzahl der Investitionsanträge zur Förderung von stationären Wohnstätten beinhaltet in ihrem Finanzierungsplan keine öffentlichen Mittel mehr. Statt dessen wird die höchstmögliche Förderung der Aktion Mensch in Anspruch genommen. Damit wird das Nachrangprinzip der Aktion Mensch ausgehöhlt. Ziel der Aktion Mensch ist es, eine qualitative Weiterentwicklung der Förderpolitik zu erarbeiten. Hierzu sind neue Fördersegmente zu entwickeln und entsprechende Mittel zur finanziellen Unterstützung zukunftsfähiger und bedarfsgerechter Konzepte der freien Träger bereit zu stellen.

Auf der Ebene der Antragsbearbeitung war die Zusammenarbeit mit der Aktion Mensch – aber auch mit den Antragstellern - geprägt durch die im Herbst 2007 erfolgte Einführung der Online-Antragstellung. Das neue Antragsverfahren wurde weitgehend positiv aufgenommen und stellte in den meisten Bereichen eine Arbeitserleichterung dar. Es ersetzt aber nicht die Beratung der Mitgliedsorganisationen über Möglichkeiten, aber auch Grenzen der Aktion Mensch Förderung. Hier liegt ein Schwerpunkt der Arbeit des Bundesverbandes, der seine Aufgabe darin sieht, die Mitgliedsorganisationen bei der Projektentwicklung, -beantragung und -umsetzung zu unterstützen und zu begleiten.

Obwohl die Einnahmen aus der Lotterie der Aktion Mensch stetig steigen und sich in den letzten zwölf Jahren die zur Verfügung stehenden Mittel verfünffacht haben, gibt es aufgrund der sehr eingeschränkten öffentlichen Förderung und der Ausweitung der Fördermöglichkeiten durch die Aktion Mensch seit 2006 wieder Wartezeiten bis zur Bewilligung der Anträge. Die Antragsteller müssen sich darauf einstellen, dass es bis zu zwei Jahren dauern kann, bis entscheidungsreife Anträge dem Kuratorium zur Bewilligung vorgelegt werden können. Bereits heute liegen dem Bundesverband Anträge mit einem Fördervolumen von insgesamt 14 Mio. € vor.

Förderung auf dem Höchststand

Wie in den vergangenen Jahren auch, wurden alle vom Bundesverband für seine Mitgliedsorganisationen vertretenen Anträge vom Kuratorium der Aktion Mensch bewilligt. Insgesamt konnten 80 Vorhaben und rund 300 Ferienmaßnahmen mit der Rekordsumme von rund 5,8 Mio. € bezuschusst werden. Im Bereich „Investitionen“ wurden 18 Neu- oder Umbauvorhaben mit insgesamt 2,45 Mio. € gefördert. Auffallend hierbei ist, dass von den Mitgliedsorganisationen des Bundesverbandes die Vorgabe „ambulant vor stationär“ scheinbar konsequent umgesetzt wurde: Rund ein Drittel der geförderten Vorhaben waren im ambulant betreuten Wohnen angesiedelt, ein weiteres Drittel im Bereich ambulanter Dienstleistungen und integrativer Freizeitangebote. Die übrigen Vorhaben verteilen sich auf Schul- und Kindergärtenneubauten, wobei im Bereich der Kindergärten fast durchgängig integrative Einrichtungen gefördert wurden. Weitere Zuschüsse in Höhe von insgesamt € 215.000 wurden für die Anschaffung von fünf Fahrzeugen gewährt. Diese Fahrzeuge werden im Rahmen von Freizeitangeboten von Familienunterstützenden Diensten sowie Wohngruppen genutzt.

Die Förderung von Starthilfen hat im Vergleich zu den Vorjahren einen breiten Raum eingenommen. Hier wurden 35 ambulante Dienste mit mehr als 1,6 Mio. € gefördert. Ob Frühförderstelle, Familienunterstützender Dienst, Ambulant Betreutes Wohnen, Beratungsstellen oder Dienste zur Sozialmedizinischen Nachsorge – die Mitgliedsorganisationen des Bundesverbandes nutzten das gesamte Förderspektrum der Aktion Mensch im Bereich der Starthilfen aus. Auch im Bereich der Projektförderung sind Zuwächse zu verzeichnen. Hier wurden 22 Vorhaben mit insgesamt knapp € 800.000 gefördert. Die Projektförderung umfasst neben Projekten zur Gewinnung von Ehrenamtlichen, der Gemeinwesenarbeit, der Integration und Inklusion auch den Bereich Sport, Bildung, Kunst und Kultur sowie Aufklärung.

Abgerundet wird die Förderung der Aktion Mensch durch die Bezuschussung von Ferienmaßnahmen. Aufgrund der Vielzahl von Anträgen wurden die Förderbedingungen in den letzten Jahren mehrfach angepasst. Dennoch stellt die Förderung sicher, dass auch weiterhin Ferienmaßnahmen für behinderte Menschen zu einem Preis durchgeführt werden können, der auch einkommensschwachen Familien eine Teilnahme ermöglicht. Durch die Vielzahl der Anträge kam es insbesondere in 2007 zu Engpässen bei der Bearbeitung. Dies hat dazu geführt, dass in 2008 noch viele „Altanträge“ zur Bewilligung vorgelegt wurden. Daher wurden im Jahr 2008 noch 76 Ferienanträge aus dem Vorjahr und weitere 223 aus dem laufenden Jahr mit einem Zuschussvolumen von 450.000 € bewilligt.

Stiftung Deutsche Behindertenhilfe

Ergänzend zu Zuschüssen der Aktion Mensch können bei Investitionsvorhaben auch Zinszuschüsse für Kapitalmarktdarlehen beantragt und gewährt werden. Die Zinszuschüsse werden

von der Stiftung Deutsche Behindertenhilfe – einer Tochter der Aktion Mensch – gewährt. Hier konnten in 2008 neun Bauvorhaben mit Zinszuschüssen für Kapitalmarktdarlehen in Höhe von ca. 2,5 Mio. € gefördert werden. Neben den ambulant betreuten Wohngemeinschaften wurden mehrere Schulneu-/Erweiterungsbauten bezuschusst, die eine regionale Beschulung in ländlichen Gebieten sicherstellen, um Internataufenthalte insbesondere für Kinder im Grundschulalter zu vermeiden.

XIII. Zusammenarbeit mit anderen Verbänden

An der Schnittstelle zwischen Selbsthilfeorganisation und Trägerverband kommt dem Bundesverband eine besondere Rolle zu. Neben themenbezogenen Kooperationen mit einzelnen Verbänden arbeitet der Bundesverband regelmäßig in den Gremien und Ausschüssen des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes und der Bundesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe mit. Der Bundesverband ist durch seine Vorstandsmitglieder im Forum chronisch kranker und behinderter Menschen und im Arbeitsausschuss des Deutschen Behindertenrates vertreten.

Fünf Fachverbände

Seit dem Ende des Jahres 2004 gehört der Bundesverband zum Kreis der Kontaktgesprächsverbände. Unter Wahrung der Eigenständigkeit erfolgt die Zusammenarbeit dort, wo inhaltliche Gemeinsamkeiten bestehen und gemeinsames Tätigwerden sinnvoll ist.

Im Rahmen der beiden jährlichen Kontaktgespräche werden die Linien gemeinsamer fach- und sozialpolitischer Arbeit der Verbände im Jahre 2008 abgestimmt. Das Kontaktgespräch im Februar 2008 in Düsseldorf richtete der Bundesverband aus. Ihm voraus ging eine Informationsveranstaltung zur Konvention der Vereinten Nationen zum Schutz und zur Förderung der Rechte behinderter Menschen. Die Informationsveranstaltung gab einen Überblick über die Hintergründe der Erarbeitung der Konvention, ihre Inhalte und die Konsequenzen für behinderte Menschen und Einrichtungen und Dienste der Behindertenhilfe. Im Mittelpunkt des Kontaktgesprächs stand die Erörterung über die Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe, vor dem Hintergrund der Beschlussfassung der 84. Konferenz der Arbeits- und Sozialminister. Hier ging es vor allem um die Vorschläge zur Teilhabe am Arbeitsleben und um die Teilhabe am Leben in der Gesellschaft. Sie waren auch Gegenstand des Gesprächs mit dem nordrhein-westfälischen Sozialminister und seiner Mitarbeiter. Der Bundesverband hatte den Minister Karl-Josef Laumann aus Anlass des 57. Kontaktgesprächs zu einem gemeinsamen Abendessen eingeladen. Herr Laumann bestätigte, dass NRW nicht bereit ist, zugunsten kurzfristiger Sparerfolge bewährte Strukturen, insbesondere bei der Teilhabe am Arbeitsleben, zu gefährden. Gleichwohl forderte er die Verbände auf, sich an der Lösung der Probleme zu beteiligen.

Auch beim 58. Kontaktgespräch im Oktober in Freiburg stand ebenfalls die Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe im Mittelpunkt. Darüber hinaus beschäftigten sich die Fachverbände mit den Gemeinschaftsprojekten. Hierzu zählen das Gutachten zur Föderalismusreform, das Forschungsprojekt „Den Ruhestand gestalten lernen“, der Gutachtauftrag zur Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe und die Zukunftssicherung des Instituts Mensch, Ethik und Wissenschaft. Gast beim gemeinsamen Abendessen des Kontaktgesprächs war Prof. Götz Werner, der sein Buch zum bedingungslosen Grundeinkommen vorstellte und zu einem aufschlussreichen und interessanten Gespräch zur Verfügung stand.

Arbeitskreis Behindertenrecht

In diesem Gremium der fünf Fachverbände, das in der Regel einmal im Monat tagt, werden aktuelle sozialpolitische Themen erörtert und Informationen zu Fragen des Behindertenrechts ausgetauscht. Gegenstand der Diskussionen im Arbeitskreis waren im Jahre 2008 insbesondere die Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen, die Konsequenzen aus den Vorgaben der UN Konvention, die Auswirkungen eines neuen erweiterten Pflegebedürftigkeitsbegriffs. Insbesondere die Abgrenzung von Pflege und Eingliederungshilfe vor dem

Hintergrund eines erweiterten Pflegebedürftigkeitsbegriffs war Gegenstand eines Fachtages, den die Fachverbände im März 2008 in Berlin veranstalteten.

Arbeitskreis Gesundheitspolitik

Hier stehen Fragen der Gesundheitspolitik und der Gesundheitsversorgung behinderter Menschen im Mittelpunkt der Beratungen. Hervorzuheben ist ein inzwischen institutionalisierter Meinungs- und Erfahrungsaustausch mit dem Vorsitzenden des Gemeinsamen Bundesausschusses. Bei dem Treffen in der anthroposophischen Einrichtung des Vereins für heilende Erziehung, Marburg, einer Mitgliedsorganisation des Bundesverbandes, wurden die konkreten Auswirkungen der Gesundheitsreform, insbesondere im Bezug auf die Leistungsausschlüsse, die Behandlungspflege, Arzneimittel sowie die Heil- und Hilfsmittelversorgung, insbesondere für Kinder- und Jugendliche mit sehr schweren Behinderungen, thematisiert und verdeutlicht. Darüber hinaus befasste sich der AK Gesundheitspolitik u. a. mit der Behandlungspflege in stationären Einrichtungen, den Regelungen zur Häuslichen Krankenpflege und mit den Auswirkungen der Leistungsausschlüssen der Gesetzlichen Krankenversicherung auf die medizinische Versorgung behinderter Menschen

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge Fachausschuss Rehabilitation und Teilhabe

Durch seine Mitarbeit in den Fachausschüssen und Arbeitsgruppen des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge kommt der Bundesverband regelmäßig mit Vertreterinnen und Vertretern der Sozialleistungsträger, der Bundesländer, der Städte, Kreise und Gemeinden und der Bundesministerien zusammen. Auch hier wurden die Themen von den Gesetzesinitiativen des Jahres 2008 bestimmt.

XIV. Mitgliederversammlung, Vorstand, Bundesausschuss und Geschäftsstelle

Die **Mitgliederversammlung** und die ihr vorausgehende **Fachtagung** fanden im September in Norderstedt bei Hamburg statt. Die Fachtagung griff eine Auswahl aktueller Themen auf, die die Mitgliederfamilien bewegen und mit denen die Orts- und Kreisvereine, Landesverbände und der Bundesverband sich befassen. In Vorträgen und Arbeitsgruppen wurden folgende Themen behandelt:

- Selbstbestimmte Assistenz für Menschen mit schweren Behinderungen
- Der Cap-Markt – eine neue Beschäftigungsmöglichkeit
- Lokale Teilhabepläne, ein Instrument zur Inklusion in der Gemeinde
- Den Ruhestand gestalten lernen
- Aktuelle Sozialpolitik
- Neue Wohnformen für behinderte Menschen
- Das Persönliche Budget
- Generationsübergreifender Freiwilligendienst

Die Mitgliederversammlung nahm den Jahres- und den Finanzbericht zustimmend zur Kenntnis und entlastete den Vorstand für das Jahr 2008 einstimmig. Die von einer Projektgruppe aus Mitgliedern des Vorstandes, des Bundesausschusses und der Geschäftsstelle vorgeschlagene Namensänderung fand die überwältigende Mehrheit der Mitglieder. Ebenso die Erweiterung des Zweckparagrafen der Satzung des Bundesverbandes, durch die zukünftig die Gründung und Ausstattung von Stiftungen und anderen juristischen Personen möglich gemacht wird. Mit der Anpassung der Beitragsordnung für außerordentliche und fördernde Mitglieder stärkte die Mitgliederversammlung die materielle Ausstattung des Bundesverbandes. Schließlich verabschiedete die Mitgliederversammlung die „Norderstedter Erklärung zum Bürokratieabbau für Familien mit behinderten Kindern“ und nahm die vom Vorstand eingesetzte Ordnung zur Auszeichnung verdienter Persönlichkeiten in der Arbeit für und mit behinderten Menschen zur Kenntnis

Der **Vorstand** des Bundesverbandes traf sich 2008 unter dem Vorsitz von Aribert Reimann in der 2006 gewählten Zusammensetzung fünf Mal zu zweitägigen Vorstandssitzungen und zu einer dreitägigen Vorstandsklausur im November in Plauen/Sachsen. Ein zentrales Anliegen des neuen Vorstandes ist es, die Impulse der Initiative zur Stärkung der Selbsthilfe aufzugreifen und zu einem festen Bestandteil der Verbandsentwicklung auf allen Ebenen des Bundesverbandes zu machen. Darüber hinaus bestimmten die Vorbereitungen der Entscheidungen auf der Mitgliederversammlung im September in Norderstedt und Aktivitäten zum 50. Jubiläum des Bundesverbandes die Beratungen des Vorstandes. Auf der Vorstandsklausur in Plauen wurde die Entwicklung eines Leitbildes für den Bundesverband diskutiert und Fragen der Verbandsentwicklung mit der Schwerpunktsetzung der Selbsthilfe und Selbstvertretung von Eltern behinderter Kinder und die Ausrichtung als Familienorganisation erörtert. Schließlich wurden neue Kommunikations- und Arbeitsformen durch die Nutzung neuer Techniken und Kommunikationsinstrumente entwickelt und verabredet.

Der Aufgabenzuordnung und der inhaltlichen Schwerpunktsetzung entsprechend, beteiligten sich einzelne Vorstandsmitglieder auch an der Wahrnehmung der operativen Aufgaben des Bundesverbandes. Ohne den engagierten Einsatz der ehrenamtlichen Vorstandsmitglieder wären die vielfältigen Aufgaben, die der Bundesverband insbesondere auf dem Feld der sozialpolitischen Interessenvertretung zu leisten hat, nicht zu erfüllen gewesen.

Der **Bundesausschuss**, die Ländervertretung des Bundesverbandes, begleitete und kontrollierte unter seinem Vorsitzenden Rainer Blum aus dem Saarland die Arbeit des Vorstandes und der Geschäftsstelle. Der Bundesausschuss traf sich zu drei Sitzungen in Eisenach, Norderstedt und Berlin. In zwei Sitzungen befasste er sich mit der Mitgliederentwicklung in den Ländern. Dabei wurde deutlich, dass es Landesverbände mit steigenden oder stabilen Mitgliedszahlen gibt, eine nicht unerhebliche Zahl von Mitgliedsorganisationen jedoch deutliche Rückgänge bei den Mitgliedern zu verzeichnen hat. Es wurde verabredet, die Ursachen für die positiven Entwicklungen zu analysieren, um sie zu verallgemeinern und als Anregung anderen Landesverbänden und Orts- und Kreisvereinen zugänglich zu machen. Der Bundesausschuss genehmigte den Haushalt für das Jahr 2008 und nahm den Jahresabschluss und den Geschäftsbericht des Bundesverbandes für das Jahr 2007 entgegen und empfahl der Mitgliederversammlung die Entlastung des Vorstandes. Darüber hinaus stimmte der Bundesausschuss der Neuaufnahme von Mitgliedsorganisationen zu, begleitet die Anträge zur Mitgliederversammlung in Norderstedt und die Vorbereitungen zum 50. Jubiläum des Bundesverbandes in Berlin.

Inhaltlich befasste sich der Bundesausschuss mit der Begleitung der Initiative zur Stärkung der Selbsthilfe im Bundesverband. Weitere Schwerpunkte waren die Interessenvertretung der Landesverbände gegenüber der Politik, der Verwaltung und den Verbänden und die Aufgabenstellung und das Selbstverständnis des Bundesausschusses. Es wurde verabredet, dass die Arbeit des Bundesausschusses regelmäßig in „bvkm-aktuell“ vorgestellt wird.

Die **Geschäftsstelle** hat zur Durchführung des Projektes „Frauen sind anders - Männer auch“ eine weitere Mitarbeiterin eingestellt. Die Projektleiterin hat mit einer halben Stelle zur Mitte des Jahres 2008 die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Bundesverbandes übernommen. Diese Aufgabe hatte insbesondere vor den anstehenden Jubiläumsaktivitäten eine besondere Bedeutung. Die Namenänderung, das neue Erscheinungsbild des Bundesverbandes, das bis zum Ende des Jahres 2008 entwickelt und umgesetzt wurde, bestimmten, neben den Vorbereitungen der Jubiläumsaktivitäten rund um den 1. Mai 2009 in Berlin, die Arbeit der Geschäftsstelle des Bundesverbandes.

Neben den Verwaltungsfachkräften und der Geschäftsführung sind die Referate Sozialpolitik/Sozialrecht, Sport und Bildung, Offene Hilfen und Clubs und Gruppen, Öffentlichkeitsarbeit und Verlag, Redaktion Zeitschrift DAS BAND, Betriebswirtschaft/Aktion Mensch und das Projekt „Frauen sind anders - Männer auch“ hauptamtlich besetzt.

XVI. Finanzbericht 2008

Der geprüfte Jahresabschluss des Bundesverbandes für das Jahr 2008 weist eine Entnahme aus den Rücklagen in Höhe von 6.102,38 Euro aus. Der Bundesausschuss, die Ländervertretung des Bundesverbandes, hatte mit dem Haushalt 2008 einer Entnahme aus den Rücklagen in Höhe von Euro 25.430 zugestimmt. Während es in den beiden vorangegangenen Jahren möglich war trotz einer geplanten Entnahme aus den Rücklagen einen positiven Jahresabschluss zu erreichen, konnte dieses Ziel 2008 nicht erreicht werden. Ursache dafür war die Konzentration vielfältiger Aktivitäten der Bundesgeschäftsstelle auf die Vorbereitungen für das Jubiläum zum 50 jährigen Bestehen des Bundesverbandes und auf die Folgen der Namensänderung und der Änderung des Erscheinungsbildes. Dadurch konnten neue und zusätzliche Projekte, die einen Deckungsbetrag zu den Gesamtkosten des Bundesverbandes hätten leisten können, nicht erschlossen und durchgeführt werden. Dennoch hat sich das Konzept, Aufgaben des Bundesverbandes in Form von Projekten zu organisieren und zu finanzieren weiterhin bewährt. Es ermöglicht eine flexible Reaktion auf neue Herausforderungen, einen effektiven Mitteleinsatz und trägt damit zur Stabilisierung der Haushaltssituation bei.

Die Tendenz der zurückgehenden Spendeneinnahmen setzte sich auch 2008 fort. Der Verzicht auf die Erschließung neuer Spenderinnen und Spender im Berichtszeitraum hat sich zwar positiv auf der Ausgabenseite niedergeschlagen, führt aber absehbar zu einer Auszehrung des Spendenpotentials des bvkm. Die weiter wachsende Konkurrenz auf dem Spendenmarkt, steigende Kosten und die Verunsicherung der Spenderinnen und Spender legen die Schlussfolgerung nahe, aus dem Wettkampf um die Spenden in der bisherigen Form auszusteigen. Nicht zweckgebundene Einnahmen sind für die Arbeit des Bundesverbandes aber unerlässlich. Gemeinsam mit den Mitgliedsbeiträgen, den Erlösen des Verlags und den Zinserträgen gewährleisten sie die notwendigen Eigenmittel, um Drittmittel zu akquirieren und Projekte durchführen zu können. Hier liegen die Herausforderungen für die kommenden Jahre.

Zu den Positionen im Einzelnen:

Die Steigerung der Personalkosten ist zum größten Teil durch den verhältnismäßig hohen Tarifabschluss im Öffentlichen Dienst begründet. Nur zu einem kleinen Teil ist sie durch notwendige personelle Umstrukturierungen begründet, die sich durch die Umgestaltung der Stellenbesetzung im Bereich der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und des Genderprojektes ergaben. Die Ausgabenreduzierung bei der Erschließung neuer Spenden, wurde zum größten Teil durch den Neudruck der Informationsmaterialien des Bundesverbandes nach der Namensänderung ausgeglichen. Zu Beginn des Jubiläumjahres 2009 sollten die Geschäftspapiere und die Broschüren und Flyer mit dem neuen Erscheinungsbild des Bundesverbandes zur Verfügung stehen. Im Bereich Veranstaltungen, Projekte und Bildungsmaßnahmen konnte nach einem vorübergehenden Rückgang in 2007 durch das Projekt „Frauen sind anders - Männer auch“ und durch die große Mädchenkonferenz in Hannover an das Niveau der vergangenen Jahre angeknüpft werden. Der deutliche Zuwachs der Einnahmen und Ausgaben im Arbeitsfeld Pränataldiagnostik ist darauf zurückzuführen, dass der Bundesverband die finanzielle und organisatorische Durchführung der Gemeinschaftstagung „Da stimmt doch was nicht,“ im Februar 2008 in Dresden übernommen hat. Dieser Position sind nur die direkten Maßnahmekosten zugeordnet. Die Erhöhung der Ausgaben für die Mitgliedsbeiträge in anderen Verbänden wird zum Anlass genommen, über den Wert der einen oder anderen Mitgliedschaft nachzudenken.

Wie bereits im letzten Finanzbericht angekündigt, konnte das Kostenniveau der Zeitschrift DAS BAND nicht gehalten werden. Nachdem die Preise über einen langen Zeitraum unverändert geblieben waren, mussten hier erhebliche Kostensteigerungen akzeptiert werden. Verschärft wurde die Situation dadurch, dass die Erlöse aus dem Anzeigenaufkommen ebenfalls zurückgingen.

Die Einnahmen aus den Mitgliedsbeiträgen stellten weiterhin eine gesicherte und wachsende Position innerhalb der Eigenmittel des Bundesverbandes dar. Die Steigerung von rund 11.000 Euro ist auf eine wachsende Mitgliedschaft und auf eine größere Beitragserlichkeit der Mitg-

liedsorganisationen zurückzuführen. Der Verlag selbstbestimmtes Leben konnte das Vorjahresniveau halten. Die erhöhten Aufwendungen sind auf Nachdrucke umsatzstarker Bücher und Neuerscheinungen zurückzuführen. So wird der Verlag auch in Zukunft seinen Deckungsbeitrag zur Verbandsarbeit leisten und seine wichtige Funktion zur Vermittlung von Fachwissen erfüllen können.

Nach wie vor stellen die Zuwendungen der Deutschen Rentenversicherung Bund, des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und die Förderung durch die Krankenkassen zusammen mit der Förderung von Projekten durch die Aktion Mensch den größten Teil der Grundfinanzierung der Verbandsarbeit dar. Die Selbsthilfeförderung der Krankenkassen konnte zunächst leicht gesteigert werden. Die Belastungen der Geschäftsstelle durch die Vorbereitungen zum Jubiläumsjahr und durch die Veränderung des Namens und des Erscheinungsbildes hatten zur Folge, dass einige Projektförderungen auf das nächste Jahr umgewidmet werden mussten. Für den Berichtszeitraum hat der Bundesverband erneut das Spendensiegel des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen erhalten. Der Vorstand des Bundesverbandes, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstelle sichern nicht nur den satzungsgemäßen, sondern auch den sorgfältigen, sparsamen und effektiven Einsatz der Mittel im Interesse behinderter Menschen und ihrer Familien zu.

Düsseldorf, 12.07.2009

Ausgaben- und Einnahmerekchnung des bvkm für das Jahr 2008

Ausgaben	2007	2008
<i>Allgemeiner Verbandsbereich</i>		
Personalkosten	519.976,30	527.934,26
Abschreibung	19.537,07	17.009,99
Raumkosten	18.217,45	19.477,59
Fahrzeugkosten	6.274,43	6.748,38
Öffentlichkeitsarbeit	78.486,84	69.113,26
Zuschuß an LV/sonstige Organisationen	31.200,00	25.050,00
Veranstaltungen/Projekte/Bildungsmaßnahmen	239.170,84	288.872,80
Reisekosten	40.128,24	41.047,69
Instandhaltung	3.458,65	2.356,35
Porto	22.288,39	23.042,30
Telefon	4.238,88	4.384,36
Bürobedarf	7.450,87	8.051,06
Versicherungen/Beiträge	8.083,74	10.338,88
sonstige Verwaltungskosten	20.248,38	20.327,11
sonstige Aufwendungen	32.997,58	33.901,15
Ausgaben Verbandsbereich	1.051.757,66	1.097.655,18
Ferienstätte Wendeburg		
DAS BAND	116.289,97	142.224,43
Verlag/Schriften	19.052,87	33.481,15
Arbeitsfeld Pränataldiagnostik	7.733,23	52.522,45
Zuführung zu den Rücklagen	20.923,07	
Gesamtausgaben	1.215.756,80	1.325.883,21

Einnahmen	2007	2008
<i>Allgemeiner Verbandsbereich</i>		
Beiträge	183.302,23	194.708,98
Spenden, Geldbußen	64.643,45	56.150,95
öffentliche Zuschüsse	246.810,00	241.492,00
Zuschüsse Krankenkassen	50.500,00	42.600,00
sonstige Zuschüsse	413.289,67	444.055,81
Zinserträge	17.141,23	20.188,99
sonstige Erträge	40.567,68	66.479,83
Teilnehmerbeiträge	42.640,00	55.499,75
Einnahmen Verbandsbereich	1.058.894,26	1.121.176,31
DAS BAND	84.578,97	79.033,20
Verlag/Schriften	62.009,55	61.610,43
Arbeitsfeld Pränataldiagnostik	10.274,02	57.960,89
Entnahme aus Rücklagen		6.102,38
Gesamteinnahmen	1.215.756,80	1.325.883,21

Düsseldorf, 12.07.2009